Sonnabend, 25. Februar 1933
Nr. 45 / 3. Jahrgang
BRESLAU

Preis 10 Pfg.
Reichsausgabe

SAZ
Wochenend-Ausgabe

Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heute:

Sondernummer gegen Faschismus

Nazis brennen Armenhaus nieder

33000 neue Arbeitslose

Wahlen unter Terror

Wann wird die Zinsknechtschaft gebrochen?

Die Angst vor der roten Fahne

Einheitsfront in den Gewerkschaften

Faschismus und Arbeiterklasse

von Klaus Zweiling

In Deutschland hat mit der Bildung der Regierung Hitler der Faschismus den entscheidenden Schritt zur Machtergreifung getan. Er hat, ohne bisher die Alleinherrschaft zu besitzen, wichtige staatliche Machtfunktionen in die Hand bekommen, die ihm den letzten Schritt der Machteroberung gewaltig erleichtern.

Damit hat die politische Voraussicht der Sozialistischen Arbeiterpartei ihre Bestätigung erhalten. Sie hatte vorausgesagt, daß kein Brüning, kein Papen und kein Schleicher und ebensowenig eine Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten die Machtergreifung des Faschismus verhindern könne; daß dies nur einer einzigen Macht möglich sei: der Arbeiterklasse — wenn sie sich geschlossen bereit fand zum revolutionären Widerstand, zu einer außerparlamentarischen geschlossenen Abwehr, die bei den ersten Erfolgen bereits den Charakter des Angriffs auf die gesamte kapitalistische Ausbeuterwelt, revolutionären Charakter annehmen mußte.

Damit ist zugleich aufs Schärfste verurteilt die gesamte Politik der Sozialdemokratie seit 1918. Indem sie den Wegbereitern des Faschismus die Steigbügel hielt, den Brüning und Hindenburg, den Papen und Schleicher, hat sie nicht das kleinere Uebel gewählt, sondern dem größten Uebel, dem Faschismus, das Tor geöffnet. Jetzt hat er bereits seinen einen Fuß über die Schwelle gesetzt. Unendlich viel schwerer, als bei rechtzeitigem Widerstand, wird es nun sein, sein hemmungsloses Austoben zu verhindern, den Widerstand zu seiner Vernichtung zu organisieren. Aber

noch immer ist es möglich!

Noch immer — wenn auch zweifellos nur noch für sehr kurze Zeit! — liegt es in der Hand der Arbeiterorganisationen, das Schicksal der ganzen kommenden Generation der Arbeiterklasse vom Abstieg zu neuem revolutionären Aufstieg zu wenden! Auch diese letzte kurze Spanne Zeit vor einem für vielleicht lange Zeit alles beherrschenden Siege der faschistischen Reaktion wird von uns, von der Sozialistischen Arbeiterpartei, in Gemeinschaft mit dem Sozialistischen Jugendverband ausgenutzt werden, die Front des Widerstandes zu schaffen!

Reaktion und Faschismus ein Unterschied

Faschismus ist nicht einfach dasselbe wie Reaktion, wie Unterdrückung der Arbeiterklasse. Faschismus ist diejenige Reaktion, diejenige Unterdrückung der Arbeiterklasse, die durchgeführt wird mit dem

Terror einer straff disziplinierten Massenbewegung,

mit einer Masse kleinbürgerlicher, halbproletarischer, ja proletarischer Elemente. Darum ist zunächst der Faschismus der Ausdruck einer unerhört schwierigen Situation für die herrschende Klasse, für die Bourgeoisie, die sich solcher Hilfe nicht gern bedient, so lange sie noch eine Möglichkeit sieht, allein ihre Klassenherrschaft zu sichern. Es bedurfte erst einer so hoffnungslosen Zuspitzung der wirtschaftlichen Krise des Kapitalismus, bis die Bourgeoisie in Deutschland sich bereit fand, den ersten Schritt zur Uebergabe der Macht aus ihren eigenen Händen in die Hände des faschistischen Hausknechts zu tun. Die Regierung Hitler-Hugenberg bedeutet, daß die deutsche Bourgeoisie selbst die Hoffnung aufgegeben hat, daß in Kürze eine Besserung der wirtschaftlichen Lage des Kapitalismus, eine Belebung der Wirtschaft eintreten könnte.

Es ist für das Proletariat wichtig, das zu wissen. Denn es zeigt, daß auch der Faschismus die Krise nicht überwinden kann, daß es den Arbeitern, ja auch dem Mittelstand unter der Herrschaft des Faschismus nicht besser gehen wird als bisher, daß vielmehr eine weitere tiefe Verelendung erfolgen wird.

Die Furcht des Herrn vor dem Hausknecht

Das Industrie- und Agrarkapital — in der jetzigen Reichsregierung in erster Linie vertreten durch Hugenberg und Papen — fühlt sich auch durchaus nicht wohl bei dem Uebergang der politischen Macht in die Hände des Faschismus. Es fürchtet die kleinbürgerlichen und proletarisierten Massen, die sich da sammeln. Die Bourgeoisie weiß, daß dieser Massenaufbruch letzten Endes ja nicht durch Herrn Hitlers Reden hervorgebracht ist. Die nationalsozialistische Demagogie hat diesen Strom zwar dank dem Versagen der beiden alten Arbeiterparteien in ein bestimmtes, der Bourgeoisie nützliches Bett zu lenken vermocht, aber hervorgebracht hat sie ihn nicht; hervorgebracht hat diesen Massensturm die kapitalistische Krise, das Versagen der kapitalistischen Wirtschaft. Da müssen die Ausbeuter wohl unruhig schlafen, wenn sie keine andere Möglichkeit mehr sehen, ihre Klassenvormacht zu retten, als die Uebergabe der Macht an Opfer ihrer eigenen Politik und Wirtschaft. Wohl zeigen sich diese Opfer heute als die getreuesten Hausknechte. Aber wer kann wissen, wie lange?

Auch dies zu wissen, ist für den Proletarier sehr wichtig. Denn es zeigt die schwache Stelle der faschistischen Diktatur, den Punkt, wo die Arbeiterklasse den Hebel ansetzen kann und muß, um die ganze Ausbeutergesellschaft aus den Angeln zu heben.

Der Riß im Fundament der Diktatur

Innerhalb der Kapitalsdiktatur in faschistischer Form klafft ein tiefer Widerspruch: sie dient der Erhaltung des Kapitalismus, der Rettung der Vorherrschaft der Bourgeoisie; aber sie stützt sich auf breite Volkskreise, die durch die in naher Zukunft nicht einmal teilweise zu überwindende Krise des Kapitalismus enteignet, in tiefste Not und tiefes Elend gestürzt worden sind. In der gegenwärtigen Reichsregierung, die noch immer keine rein faschistische ist, klafft derselbe Widerspruch; der Widerspruch zwischen Hitler, der seinen mittelständlerischen und proletarischen Anhängern Besserung ihrer Lage versprochen hat, und Hugenberg-Papen, deren kapitalistisch-großagrarische Interessen die geringste Konzession an die Lebensnotwendigkeiten von Mittelstand und Proletariat verbieten, und zwar um so mehr verbieten, je mehr sich die Krise weiter verschärft.

Nun hat der Faschismus einen zweifellos geschickten Versuch gemacht, das Drängen seiner Anhänger zu dämpfen: er fordert vier Jahre Frist für sein „Aufbauwerk". Zweifellos wird ihn das für eine gewisse Zeit etwas entlasten. Aber der Widerspruch wird damit nicht aufgehoben, sondern nur sein offener Ausbruch vertagt. Inzwischen geht die Krise weiter; inzwischen wird auch nicht das bescheidenste Anzeichen einer Besserung sichtbar werden, sondern das Elend wird sich weiter vermehren. Und damit wird der Widerspruch in den Fundamenten der heutigen Regierung erneut und verschärft durchbrechen.

Verschärfter Terror als Ausweg

Für den Faschismus ergeben sich daraus zwei Folgerungen. Einmal wird er die wachsende Erbitterung seiner Anhänger abzulenken versuchen mit verstärktem Geschrei: „Der Marxismus ist schuld!" Das bedeutet wachsende Freigabe des offenen Terrors gegen die Arbeiterorganisationen. Heute schon gibt es Orte, wo nach Einbruch der Dunkelheit kein Proletarier sich mehr auf der Straße sehen lassen darf. Mit Taschenlaternen wird jedem Passanten ins Gesicht geleuchtet; wen die Faschisten als organisierten Arbeiter zu kennen glauben, der wird einfach niedergeschlagen. In Großstädten wird organisierte Jagd auf einzelne bekannte Funktionäre gemacht. Täglich melden bereits die Zeitungen furchtbare Verluste aus den Reihen der Arbeiterschaft. Und das alles ist erst der schüchterne Anfang des Terrors!

Der Terror wird für den Faschismus auch um so notwendiger, je mehr er die Enttäuschung seiner Anhänger fürchten muß. Denn gerade diese Sorge zwingt den Faschismus, mit rücksichtsloser Gewalt alle Organisationen auszurotten, die die enttäuschten Anhänger des Faschismus neu organisieren und gegen ihn ins Feld führen könnten. Welch Wahnsinn, auf diese Enttäuschung zu warten, im Glauben, daß sie das „Abwirtschaften" des Faschismus bedeute. Nein, Faschismus bedeutet früher oder später

das Ende aller selbständigen, aller klassenkämpferischen, legalen Organisationen.

Gerade deshalb ist es eine Lebensfrage aller Arbeiterorganisationen, ohne Unterschied, die Kraft, die sie heute noch haben, rücksichtslos einzusetzen, um den Faschismus zu zertrümmern, bevor er sie zertrümmert.

Und nochmals: Terror!

Weiter aber ergibt sich für den Faschismus aus dem inneren Widerspruch der heutigen Regierung die Folgerung, daß er diese Regierung nur als

Uebergang zu seiner Alleinherrschaft

ansehen kann. Nach einer gewissen Zeit der heutigen Regierung — wie lange diese Zeit dauert, wird von der Wirksamkeit der vorher genannten Ausweichemanöver, von dem Tempo der Krisenvertiefung und nicht zuletzt von den Widerstandskräften der Arbeiterklasse abhängen — wird das Geschrei, daß der Marxismus an allem schuld sei, seine Wirksamkeit einbüßen. Dem Faschismus bleibt — wenn bis dahin noch immer gefahrdrohende legale oder illegale Arbeiterorganisationen bestehen, nur noch eine Möglichkeit der Entlastung: die Hugenberg

Wieder 33000 Arbeitslose mehr

WTB. Am 15. Februar waren nach dem Bericht der Reichsanstalt bei den Arbeitsämtern rund 33 000 Arbeitslose mehr gemeldet als Ende Januar. Die Reichszahl der Arbeitslosen beträgt an diesem Stichtage mithin rund 6 047 000.

Durch die Reichsanstalt wurden Mitte Februar nahezu 2,5 Millionen Arbeitslose unterstützt, und zwar stieg während der Berichtszeit die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um rund 10 000 auf rund 963 000, in der Krisenfürsorge um rund 52 000 auf rund 1 471 000. Diesen 2,5 Millionen stehen etwa ebensoviele anerkannte Wohlfahrtserwerbslose gegenüber; seit Ende Januar (rund 2 459 000) dürfte sich diese Zahl nicht wesentlich verändert haben. Rund 177 000 Arbeitsdienstwillige waren Ende Januar bei Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes beschäftigt. Die Beschäftigungsmöglichkeiten in der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge wurden durch die Jahreszeit stark eingeschränkt, so daß Ende Januar nur noch etwa 22 000 Notstandsarbeiter gezählt werden konnten.

*

Man sieht, auch unter der Hitler-Hugenberg-Regierung steigt die Arbeitslosigkeit weiter. Zwar wird auch in dem amtlichen Bericht wieder hervorgehoben, daß die Steigerung geringer sei als zur gleichen Zeit im Vorjahre, es wären jetzt 80 000 Arbeitslose weniger als am 15. Februar 1932. Dabei wird natürlich verschwiegen, daß sich viele Hunderttausende von Arbeitslosen (schätzungsweise 2 Millionen) wegen Entzug jeglicher Unterstützung nicht mehr melden.

Hier auf diesem Gebiet könnten jedenfalls Hitler und Genossen ihre „Rettungskünste" zeigen. Es gibt Millionen, die gespannt auf das Ergebnis warten. — Wie lange noch?

Neue 45 Millionen Kapitalssubventionen

Das Reichskabinett beschloß die Bereitstellung von 30 Millionen Reichsmark für die Gewährung von Zuschüssen an mittelständische Kreditinstitute und die Weiterzahlung von Beihilfen für den Metallerzbergbau.

*

Der Reichskommissar für die Osthilfe hat sich bereit erklärt, zur weiteren Verminderung der Verluste der mit der östlichen Landwirtschaft verflochtenen, nicht genossenschaftlich organisierten gewerblichen Gläubiger, insbesondere der Händler und Handwerker, bei der Entschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe im Osthilfegebiet den Betrag von 15 Millionen Reichsmark — verteilt auf fünf Rechnungsjahre — zur Verfügung zu stellen.

Der Mörder Kastens haftentlassen!

Magdeburg, 23. Februar.

WTB. **In der Angelegenheit der Ermordung des Bürgermeisters Kasten in Staßfurt wird von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt: „Der Oberstaatsanwalt hat die Entlassung des der Tat beschuldigten Schülers Matthes aus der Untersuchungshaft verfügt und die Aufhebung des richterlichen Haftbefehls veranlaßt, da dessen Voraussetzungen nicht mehr vorliegen (!!). Die Untersuchung nimmt ihren Fortgang.**

Vormarsch Japans in Jehol

Tschangtschun, 23. Februar.

WTB. Auf Befehl des mandschurischen Kriegsministers hat der Vormarsch der mandschurischen Streitkräfte auf die chinesischen Stellungen in Jehol in der vergangenen Nacht um 12 Uhr unter der Führung des Generals Tschanghaipeng eingesetzt.

China lehnt ab

Nanking, 23. Februar.

WTB. **Die chinesische Regierung hat Japans Forderung, ihre Truppen aus Jehol zurückzuziehen, mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen.**

und Papen anzuklagen, daß sie den „guten Willen" der Faschisten, den Armen zu helfen, sabotierten. Sie müssen dann den Kampf mit ihnen aufnehmen, durch die Errichtung ihrer Alleinherrschaft den Schlußstein der faschistischen Diktatur setzen. Arbeiterorganisationen ja auch nur bürgerliche Oppositionsgruppen kann der Faschismus aber dann weniger noch als bisher dulden. Das heißt, daß neue verschärfte Terrorwellen die Begleitung dieser politischen Musik sein werden.

Auch dieses politische Wesensgesetz des Faschismus muß die Arbeiterklasse immer klar vor Augen haben. Denn nur dann wird sie sich schützen können vor den gefährlichen Illusionen, daß in doch „alles nicht so schlimm" wird, daß auch Hitler „mit Wasser kochen" wird. Gewiß wird er das. Aber wenn dabei die Arbeiterorganisationen gar gesotten werden, das Proletariat aus Mangel an Widerstandskraft immer tiefer verelendet, dann werden die Proleten wenig von dieser tiefen Weisheit haben. Nur wenn die grauenhafte Gefahr des Faschismus dem Proletariat ganz klar bewußt ist, wird es die zum Widerstand notwendige Kraft aufbringen können. Darum jagt mit Peitschenhieben jeden zum Teufel, der euch in der Maske des Freundes vorreden will, daß in doch alles nicht so schlimm werden wird!

„Abwirtschaften" lassen?

Es ist eine gefährliche Irreführung der Arbeiter, wenn man sie einfach tatenlos abzuwarten auffordert; wenn man ihnen — wie noch jüngst Otto Wels — beruhigend sagt: „Gestrenge Herren regieren nicht lange". Gewiß sind die Widersprüche innerhalb der faschistischen Diktatur vorhanden, die ihren Bestand an jedem Tage bedrohen. Gewiß wird mit der Zeit der Faschismus seine eigenen Anhänger von heute gegen sich aufbringen; gewiß wird er, je brutaler er vorgeht, um so mehr den Willen zum Widerstand wecken. Aber wenn man ihn inzwischen einfach wirtschaften läßt, so erlaubt man ihm damit, gleichzeitig die Möglichkeiten des Widerstandes in noch viel höherem Maße zu zerstören. Läßt man ihm die Zeit, die Arbeiterorganisationen zu zersetzen, zu zerstören, ins Dunkel der Illegalität zu drängen, so wird dem wachsenden Widerstandswillen die organisierte Zusammenfassung geraubt, sein zielklarer, wirkungsvoller Einsatz zunächst einmal unmöglich gemacht. Kommt es zum furchtbaren Schaden der Arbeiter soweit — nun,

dann muß auch unter solchen Bedingungen zäh und aufopfernd gekämpft werden.

Und die Sozialistische Arbeiterpartei wird auch dann ihren Mann im Kampfe stellen. Aber man muß sich klar sein daß dann erst aus zahllosen, chaotischen, unorganisierten, blutig niedergeworfenen Einzelaktionen der Verzweiflung die neue organisierende Führung erwachsen kann. Wehe dem, der leichtherzig die Arbeiter auf diesen Weg verweist, wo heute ganz andere, ungleich wirkungsvollere Möglichkeiten des Widerstandes noch bestehen!

Gemeinsa...er Kampf der Organisationen!

Es gilt nicht, die Widersprüche der faschistischen Diktatur in Frieden sich entwickeln zu lassen, dieweil die Arbeiterklasse in Blut und Not untergeht — es gilt, mit der noch immer vorhandenen organisierten Kraft des Proletariats diese Widersprüche zielbewußt bis zum Zerbrechen der faschistischen Diktatur zu steigern und dabei die Kraft der Arbeiterklasse so zu stählen, daß sie zum bewußten, entscheidenden Kampfe und gleichzeitig zur Uebernahme der Macht heranreift.

Der gemeinsame Einsatz aller Organisationen im außerparlamentarischen Kampf bedeutet nicht nur die größtmögliche Kraftentfaltung, er gibt zugleich die einzige Möglichkeit,

die unorganisierten proletarischen Millionenmassen mitzureißen;

jene Millionen, die an der politischen Fruchtlosigkeit von SPD und KPD verzweifelten, die einfach deshalb heute zunächst nicht kampfbereit sind, weil sie den Glauben an die Kraft der Arbeiterbewegung verloren haben. Ja, eine solche Kraftentfaltung der Arbeiterklasse würde in ihrer Wirkung nicht an den Grenzen des faschistischen Haufens halt machen. Sobald die proletarisierten Kleinbürger und die aus Verzweiflung an der Unfruchtbarkeit der großen Arbeiterparteien zum Faschismus gelaufenen Proletarier eine wirkliche Kraftentfaltung der alten Arbeiterorganisationen sehen würden, wären sie längst nicht mehr so leicht im Kampf gegen den Marxismus einzusetzen, würden sie schließlich stutzig werden, und bei zielklarer, kraftvoller Führung der Aktion würde zweifellos die Stunde kommen, wo sie in hellen Haufen zu ihren organisierten Klassenbrüdern übergehen würden.

Das ist die Möglichkeit, die einzige, den Widerspruch im Fundament der faschistischen Diktatur bis zum Auseinanderbrechen, bis zum Sieg der Arbeiterklasse zu steigern.

Darum ist die rechtzeitige Herstellung der Einheitsfront, der gemeinsamen Aktion aller Arbeiterorganisationen die entscheidende politische Aufgabe der Gegenwart. Darum hat seit ihrem Bestehen bis heute die Sozialistische Arbeiterpartei ihre ganze Kraft in den Dienst dieser, gerade dieser Aufgabe gestellt. Sie wird weiter an dieser Aufgabe wirken, solange es noch proletarische Organisationen gibt. Laßt aber die Wahnsinnspolitik von SPD und KPD zu, daß der Faschismus alles zerschlägt — nun, dann wird erst recht die SAP die Aufgabe der neuen Sammlung zum neuen Kampf übernehmen!

Nazi-Vandalen

Sie überfallen ein Armenhaus

In Großbeeren im Kreise Teltow ist es nach einer Versammlung und einem Fackelzug der Nazis zu unerhörten Ausschreitungen gekommen. Zahlreiche uniformierte Nationalsozialisten drangen in das Armenhaus ein und zerstörten die Wohnung des ehemaligen Reichsbannermannes Schlombach und setzten die Räume in Brand. Das Feuer breitete sich mit rasender Schnelligkeit aus,

so daß sämtliche Bewohner des Armenhauses — insgesamt 31 Personen — ihre gesamte Habe verloren. Das Armenhaus ist vollständig ausgebrannt.

Der überfallene Maurer Schlombach wurde so schwer verletzt, daß er ins Kreiskrankenhaus gebracht werden mußte.

Schlombach und seine Frau wurden nachts, kurz vor 2 Uhr, durch lauten Lärm aus dem Schlaf aufgeschreckt.

Durch das Fenster des Schlafzimmers wurde in das Innere der Wohnung geschossen.

Schlombach sah, daß von der Straße aus eine Leiter an das Haus angelegt worden war, auf der zwei Männer standen, die in die Wohnung schossen. Der Angegriffene holte eine Mehrladepistole und gab mehrere Schreckschüsse ab. Jetzt kletterten die Schützen wieder auf die Straße herunter, schlugen zusammen mit noch zehn Mann die Haustür ein und versuchten, vom Treppenflur aus in die Wohnung der Eheleute Schlombach einzudringen. Als ihnen dies nicht sogleich gelang,

brachten sie eine Handgranate zur Explosion.

Als die Nationalsozialisten dann eindrangen, mehrere scharfe Schüsse auf die Eheleute abgaben und Schlombach am Fuß verletzten, sprangen Schlombach und seine Frau aus dem Fenster ihrer im ersten Stock gelegenen Wohnung auf die Straße. Während es der Frau gelang, zu entkommen und Hilfe vom Amtsvorsteher zu holen, wurde Schlombach auf der Straße

von mehreren Männern in SA-Uniform mit Totschlägern zu Boden geschlagen.

Auf die Hilferufe des Geschlagenen eilten schließlich andere Bewohner hinzu, die den Verletzten nach der Wohnung seines Vaters brachten. Polizeiliche Hilfe traf erst nach einer Stunde ein.

Schlombach gehörte früher der SPD und dem Reichsbanner an. Vor einigen Wochen erhielt er einen anonymen Brief, in dem er aufgefordert wurde, Großbeeren innerhalb dreier Wochen zu verlassen, da ihm sonst „der Schädel eingeschlagen" würde. Diese Drohung sollte offensichtlich jetzt wahrgemacht werden. Schlombach hat unter den Angreifern verschiedene Nationalsozialisten genau erkannt, darunter den Nationalsozialisten Arlt und den SA-Sturmführer Glauk aus Teltow.

Der Regierungspräsident aus Potsdam hat „eine strenge Untersuchung" eingeleitet.

Was die Arbeiterschaft von dieser Untersuchung zu erwarten hat, braucht wohl nach den bisherigen Erfahrungen nicht mehr gesagt zu werden. Die Arbeiterschaft ist unter den heutigen Zuständen schutzlos, wenn sie es nicht versteht, sich selber zu schützen!

Hinterrücks erschossen!

Ueber den gestern in der „SAZ" bereits kurz gemeldeten Ueberfall von Nationalsozialisten auf Kommunisten im Stadtteil Bockenheim (Frankfurt a. M) erhalten wir folgenden Bericht eines Augenzeugen:

In der Nacht vom Sonntag zum Montag ereignete sich hier eine unglaublich feige Mordtat. In vorgerückter Stunde kamen SA-Leute vor das Arbeiterlokal Krämer in der Friesengasse, das sie belagerten. Als plötzlich ein Motorrad mit Beiwagen durch die enge Gasse kam, erkannte man auf dem Sozius den kommunistischen Genossen Kestler. Zwischen ihm, dem anderen Fahrer des Motorrades und den SA-Leuten war kein Wort gewechselt worden. Das Motorrad war nicht stehen geblieben.

Von hinten wurden auf das Motorrad 5 Schüsse abgegeben, die Kestler schwer verwundeten.

Der Fahrer fuhr den grundlos von hinten angeschossenen Kestler sofort ins Krankenhaus, wo er

an den Folgen der schweren Verletzungen gestorben

ist. Weiter wurde ein anderer, politisch uninteressierter junger Arbeiter namens Hock, der vor dem Lokal stand, schwer verletzt.

Kein Wortgefecht hat stattgefunden! Keine Prügelei zwischen dem Erschossenen und den SA-Leuten! Es ist klar: Es wurde auf Kestler nur geschossen, weil er ein bekannter aktiver kommunistischer Funktionär war.

Überall fließt Arbeiterblut

Hannover, 22. Februar.

Am Dienstagabend hatten sich zu einer sozialdemokratischen Versammlung hundert Nationalsozialisten in Zivil eingefunden. Gleich zu Beginn der Versammlung fielen sie auf ein Kommando ihres Führers über die Teilnehmer her. Im Verlauf der Schlägerei wurden vier Personen schwer, sieben leichter verletzt.

Der gleiche Trupp konnte ungehindert eine zweite SPD-Versammlung im Lichtenturm aufsuchen, wurde aber dort durch die Polizei nicht in den Saal gelassen. Als eine Abteilung der Schutzformation des Reichsbanners zur Verstärkung des Saalschutzes hinzugezogen wurde, wurde sie von den Nationalsozialisten aus dem Hinterhalt buchstäblich zusammengeschossen.

Ein Reichsbannermann war sofort tot, fünfzehn wurden zum Teil sehr schwer verletzt.

Hannover, 23. Februar.

Wie jetzt gemeldet wird, hat der Nazi-Feuerüberfall auf die Schufogruppe des Reichsbanners noch ein zweites Todesopfer gefordert. Gestern mittag starb im Krankenhaus ein Reichsbannermann an den Folgen eines Bauchschusses. Zwei weitere liegen so schwer danieder, daß um ihr Leben gefürchtet werden muß.

Kiel, 22. Februar.

Nach der gestrigen nationalsozialistischen Wahlversammlung in der Nord-Ostsee-Halle, in der der braunschweigische Staatsminister Klagges gesprochen hatte, kam es in der Nacht zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Angehörigen der Eisernen Front. In der Nähe des Gewerkschaftshauses wurden bei einer Schlägerei sieben Personen verletzt, zwei davon schwer. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her.

Welcher politischen Richtung die Verletzten angehören, gibt der Bericht nicht bekannt.

Berlin, 22. Februar

In der vergangenen Nacht ereigneten sich im Stadtteil Spandau schwere Zusammenstöße. Vorläufig ist hierüber nur folgender Polizeibericht bekanntgeworden:

Vor einem KPD-Verkehrslokal in Spandau entstand kurz vor 1 Uhr nachts eine Schießerei, bei der der 20jährige Nationalsozialist Gerhard Schlemminger durch einen Rückenschuß getötet wurde. Anderthalb Stunden später fand in Spandau eine weitere Schießerei statt, in deren Verlauf eine Person getötet, zwei weitere durch Bauchschüsse schwer verletzt wurden. Die Personalien des Getöteten konnten noch nicht ermittelt werden, die Schwerverletzten sind der 30jährige Arbeiter Artur Giesecke und der 30jährige Arbeiter Richard Glow. Beide wurden ins Spandauer Städtische Krankenhaus geschafft. Die Mordkommission der politischen Polizei ist mit den weiteren Ermittelungen beschäftigt.

Etwa eine Stunde später kam es vor dem Hause Potsdamer Str. 39 in Spandau zu einer Schießerei wobei ein Mann getötet worden ist. Die Personalien des Toten konnten noch nicht festgestellt werden, es verlautet, daß es sich um einen Kommunisten handelt.

Meineidprozeß Brolat

1½ Jahr Zuchthaus beantragt

In dem Meineidsprozeß gegen den früheren Direktor der Berliner Verkehrsgesellschaft, Fritz Brolat, stellte die Staatsanwaltschaft nach mehrstündigem Plaidoyer den Antrag, den Angeklagten wegen Meineides zu einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust zu verurteilen.

Der Verteidiger beantragt Freisprechung, weil der Beweis des Meineids völlig mißlungen sei. Das Urteil wird für Sonnabend erwartet.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III Berlin begann am Montag, den 20. Februar, der Prozeß gegen den wegen Meineids angeklagten und deshalb seit 25. Dezember in Haft befindlichen ehemaligen BVG-Direktor Brolat. Er soll sich dadurch des Meineids schuldig gemacht haben, daß er bei einer eidesstattlichen Vernehmung im Sklarekprozeß insofern falsche Angaben gemacht hätte, als er entgegen den Tatsachen behauptete: 1. Er hätte den Stadtbankdirektor „nur dienstlich" gekannt; 2. er hätte von Sklarek weder Geschenke erhalten noch ihnen welche gemacht; 3. er hätte seit Dezember 1928 seine Anzüge nicht von Sklarek, sondern von der Firma Keller & Furch direkt bezogen und bezahlt.

Darüber sind außer dem angeklagten Brolat viele Zeugen vernommen worden. Die meisten Zeugen-Aussagen sind sehr unbestimmt, so daß beim Schluß der Beweisaufnahme noch kein klares Bild vorherrschte. Wie der Prozeß auch ausgehen mag, so steht doch fest, daß der von der SPD immer noch gedeckte Brolat, auch wenn ihm kein Meineid nachgewiesen werden kann, eine sehr üble Rolle spielt. So sagte beispielsweise ein Angestellter der Fa. Keller & Furch aus, daß an Brolat 12 Seidenhemden à 110 Mk. geliefert worden seien.

Es ist tief bedauerlich, daß durch das Verhalten der SPD ein derart korrupter „Arbeiterführer" der Arbeiterbewegung von der faschistischen Reaktion an die Rockschöße gehenkt werden kann.

Berlins Polizeipräsident spricht

„SA und Stahlhelm gegebene Bundesgenossen der Polizei"

Berlin, 23. Februar.

WTB. Polizeipräsident von Levetzow hat bei der heutigen Vorstellung der Vertreter des Offizierkorps und der Beamtenschaft der Berliner Schutzpolizei eine Ansprache gehalten, in der er u. a. ausführte: „Ich habe mein Amt übernommen vor Gott und meinem Gewissen mit der heiligen Pflicht, einzutreten für Ruhe und Ordnung, für Sauberkeit, für Zucht und Sitte, hier in Berlin, an dieser Stätte geheiligter altpreußischer Tradition. Auf diesem Boden dulde ich keinerlei Giftpflanzen asiatischer Provenienz (Abstammung), ich dulde sie nicht, wenn sie Unruhe unter eine besonnene Bevölkerung bringen. Ich nehme die Gelegenheit wahr, diese politischen Mordbuben erneut zu warnen.

Ich wende mich an Sie, an jeden einzelnen Offizier und Beamten, mir rückhaltlos und gegebenenfalls unter Einsatz des Lebens, dafür einzustehen, daß jede leiseste Unruhe sofort im Keime erstickt wird. Ich werde keinen einzigen unter Ihnen dulden, der mir seine Mitwirkung hierbei versagt.

Und noch ein Wort: Vergessen wir nicht in tiefer Dankbarkeit, was in all diesen Jahren der Unruhe und Schmach jene Männer in selbstlosester Weise unter Einsatz von Gut und Blut für uns und unser heißgeliebtes Vaterland geleistet haben. Vergessen wir nicht die großen Verdienste der Nationalsozialisten, ihrer tapferen SA und SS, vergessen wir nicht der wackeren Stahlhelmer und, das bitte ich insbesondere jeden einzelnen von Ihnen, sehen Sie in ihnen ihre gegebenen Bundesgenossen, ihre getreuen Helfer zur Beseitigung von Unruhen und Auswüchsen."

SA und Stahlhelm im Polizeidienst!

Aus einer WTB-Meldung über einen Zusammenstoß in Wittenberge entnehmen wir folgenden Satz:

„In Wittenberge werden zur Unterstützung der Polizei SA-, SS- und Stahlhelm-Leute zu Patrouillen eingesetzt."

Damit ist zum erstenmal offiziell zugegeben, daß die Polizei die faschistischen Organisationen als Hilfsmannschaften einsetzt. Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß das nicht nur in Wittenberge, sondern bereits auch in zahlreichen anderen Orten geschehen ist und für das ganze Reich vorbereitet wird. Damit wird erneut das bestätigt, was die „SAZ" schon seit längerer Zeit über die Konzentration aller staatlichen und faschistischen Machtmittel gegen das Proletariat festgestellt hat.

Zentralisierung der politischen Polizei

Berlin, 24. Februar.

CNB. Im Berliner Polizeipräsidium ist mit der Umorganisierung der Abteilung I (Politische Polizei) begonnen worden. Die politische Polizei soll an das Innenministerium angegliedert werden. Im Hinblick auf die gespannte politische Lage ist ebenso wie bei der Schutzpolizei eine zentralere und straffere Zusammenfassung unbedingt notwendig. Die politische Polizei soll weiter mit den modernsten technischen Mitteln ausgestattet werden. Besondere Schutzpolizeibereitschaften sollen der politischen Polizei zur Verfügung gestellt werden.

Göring wünscht noch mehr Zeitungsverbote

Berlin, 23. Februar.

WTB. Ueber die Anwendung der pressepolizeilichen Bestimmungen der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 hat, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, Reichskommissar Göring an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten folgenden Erlaß gerichtet:

„Zu meinem Bedauern habe ich feststellen müssen, daß die Handhaben der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 gegen Ausschreitungen der Presse nicht mit der Strenge angewandt werden wie es angesichts der sich täglich steigernden Hetze in periodischen Druckschriften, Flugblättern und Plakaten der regierungsfeindlichen Parteien und Verbände erforderlich wäre. Ich habe leider feststellen müssen, daß gegen den Herrn Reichskanzler und die Mitglieder der Regierung beschimpfende und verächtlich machende Flugschriften und periodische Druckschriften in den Verkehr gelangt sind und geduldet werden, obwohl alle Voraussetzungen für die polizeiliche Beschlagnahme und Verbotsmaßnahmen gegeben sind. Ich erwarte nunmehr von allen Polizeibehörden, daß der Beobachtung der Presse und der Herstellung und Verteilung von Flugblättern eine größere Aufmerksamkeit zugewandt und mit Schärfe und unnachsichtig vorgegangen wird, wenn sich die Möglichkeit dazu bietet.

Ich werde Beamte, die es hier an dem notwendigen Diensteifer fehlen lassen, dienststrafrechtlich belangen.

Wirtschaft der Woche:

„Brechung der Zinsknechtschaft?“

Hitler und Hugenberg vor unüberbrückbarem Gegensatz großindustrieller und großagrarischer Interessen

In Abschnitt 4 Punkt 1 des „unabänderlichen“ Programms der NSDAP heißt es: „Der weiteren Verschuldung der Landwirtschaft muß Einhalt getan werden durch gesetzliche Herabsetzung des Zinsfußes für das Leihkapital auf das Maß der Vorkriegszeit und durch schärfstes Einschreiten gegen Zinswucher.“ Und im Mittelpunkt des Nazi-Programms steht die Forderung: „Brechung der Zinsknechtschaft“.

Das ist zwar schon immer eine so verworrene Parole gewesen, daß der inzwischen allerdings in Ungnade gefallene Gottfried Feder in seinen Erläuterungen zu dem NSDAP-Programm sich bemüßigt fühlte, sie seitenlang zu erklären, mit dem Erfolg, daß ein gesunder Mensch allein schon hieraus das Grausen vor der gedankenlosen Phrasenhaftigkeit dieser ganzen Bewegung bekommen mußte. Immerhin steht u. a. auch der Satz schwarz auf weiß, daß das Geldwesen verstaatlicht werden müsse; daß jede Anleihe und jedes Börsengeschäft immer irgend jemanden in Zinsknechtschaft bringt, und daß dies beseitigt werden soll.

Herr Hitler ist Reichskanzler geworden. Was aber geschieht? Der Wirtschaftsminister, Großkapitalist Hugenberg, erklärt nachdrücklich und von der übrigen Regierung und dem Kanzler unwidersprochen:

„Zwangseingriffe in die bestehenden Zinsvereinbarungen ... entsprechen meinen wirtschaftspolitischen Auffassungen ebensowenig wie sonstiges Herumpfuschen des Staates an Dingen, die sich organisch aus sich selbst entwickeln können. ...“

Der von Hugenberg zum Staatssekretär des Reichsinnenministeriums ernannte Deutschnationale Dr. Bang gab auf einer Tagung des Industriellenausschusses der Deutschnationalen Volkspartei den Industriebaronen ebenfalls die Versicherung, daß die Regierung alle „Experimente“, d. h. in diesem Falle alle staatlichen Eingriffe in das Zinswesen, unterlassen werde.

Die Deutschnationalen sind für „organisches“ Wachsen, d. h. gegen staatliche Eingriffe in das kapitalistische Getriebe, in dem die Zinsbildung das A und O bedeutet. Und der NSDAP-Führer und Reichskanzler Hitler äußert keineswegs eine andere Meinung. Er kann auch gar nicht anderer Meinung sein, er muß, an die Macht gelangt, sein Nazi-Programm über Bord werfen, weil er ja nicht ein Repräsentant des Sozialismus, der Arbeiterinteressen, sondern weil er ein Repräsentant des Kapitalismus ist, der nur den ausweglosen Großindustriellen und Großagrariern mit Hilfe seiner irregeführten Prätorianergarden mit allen Terrormitteln den Profit zu sichern hat.

Hitler und Hugenberg können ebensowenig wie Schleicher, Papen oder Brüning den in Deutschland unter kapitalistischen Verhältnissen unüberwindbaren Gegensatz zwischen den Interessen des Industrie- und des Agrarkapitals überbrücken. Die „Autarkie“, in der die deutschen Großagrarier ihre einzige Rettung sehen, ist mit den Interessen eines großen Teiles der Industriellen nicht zu vereinbaren. Sie brauchen Waren aus dem Ausland, und sie brauchen Auslandsabsatz für ihre Waren. Anders rentieren sich ihre Betriebe nicht, und sie haben ungeheure Profitverluste. Immer höhere Kontingente für landwirtschaftliche Produkte und der Vollstreckungsschutz, der inzwischen von den Junkern durchgesetzt worden ist, bedeuten für die Industriellen Exporterschwerungen und Verluste für ihre direkt oder indirekt dem Großgrundbesitz geliehenen Gelder.

Wem also sollen Hugenberg und Hitler es recht machen? Von beiden Seiten haben sie wichtige finanzielle und ideelle Hilfe erhalten. Auf welche sollen sie jetzt plötzlich etwa verzichten?

Die Arbeiterklasse hat hier eine Chance, die Bresche im Lager der Gegner auszunützen. Aber sie darf nicht etwa glauben, daß der geschilderte Widerspruch ihr automatisch die Früchte zutragen würde. Eine ungeeinte, kampfunfähige Arbeiterklasse kann trotz aller Widersprüche im Lager des Gegners niedergehalten und dabei zugleich zum Weißbluten gebracht werden. Jeder von Parteibürokratien bewirkte Verzug ist deshalb ein Verbrechen an der Arbeiterklasse.

Nazi-Angriff auf Sparkassengelder

In Oldenburg hat die dortige Nazi-Regierung eine Verstaatlichungsmaßnahme durchgeführt. Die Länderregierungen wurden durch eine Verordnung der Reichsregierung ermächtigt, in das bisher dem Reich unterstehende Sparkassenwesen einzugreifen und ihrerseits zwecks Besserung der katastrophalen Lage so vieler Sparkassen den örtlichen Verhältnissen mehr Rechnung tragende Maßnahmen vorzunehmen. Daraufhin wurde in Oldenburg kurzerhand die Verstaatlichung der Sparkassen dekretiert, d. h. die Kommunen, von denen oder zumindest unter deren weitgehender Heranziehung die verschiedenen Sparkassen errichtet wurden, werden ausgeschaltet, die Sparkassen direkt der Oldenburgischen Landesbank eingegliedert. Damit kann die nationalsozialistische Landesregierung unmittelbar über die — insgesamt etwa 60 Millionen betragenden Mittel — der oldenburgischen Sparkassen verfügen.

Der Zweck liegt auf der Hand. Die oldenburgische Regierung hat die Finanzen des Landes völlig heruntergewirtschaftet und braucht Geld und nochmals Geld, um auch nur die dringendsten Ausgaben decken zu können. Die Gemeinden aber können sehen, wie sie fertig werden, und die Sparer werden auch nicht gefragt, ob sie mit einer solchen Verwendung ihrer Spargroschen einverstanden sind oder nicht.

Auch in diesem Falle erhält zugleich die mühsam zusammengeleimte Front der Hugenberg- und der Hitler-Kreise einen neuen Stoß. Die großkapitalistische „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und andere Stellen zogen offen gegen diese Maßnahmen der oldenburgischen Nazi-Regierung zu Felde und haben den Reichskanzler beschworen, doch seine eigene Partei zur Raison zu bringen, damit „der Staat nicht über die Wirtschaft“ herrsche und diese lähme.

Auto-Industrie in der Krise

Zurzeit findet in Berlin eine große internationale Automobilausstellung statt, mit der auch ein Kongreß der internationalen Kraftverkehrswirtschaft verbunden wurde. Letzterer sollte zugleich der Reklame für eine stärkere Benutzung der Kraftverkehrsmittel dienen.

Es liegt auf der Hand, daß mit der Weltwirtschaftskrise auch der Automobilabsatz gesunken ist. Viele Autofabrikanten haben sich zwar der Zeit entsprechend wieder mehr auf die Produktion von Klein- und Kleinstautos (bis 1,2 Liter Treibstoff fassend, teilweise dreirädrig) gelegt. Aber gerade bei den Schichten, die hierfür als Abnehmer in Frage kämen, ist das Einkommen ja immer mehr gesunken. Die Preise sind, abgesehen fast nur von einem neuen kleinen Opel, der etwas unter 2000 Mark kostet, nach wie vor ungeheuer hoch, und gerade beim Kleinstwagen machen die Unterhaltungskosten für das Auto einen besonders hohen Prozentsatz aus.

Der Gesamtbestand an Kraftverkehrsfahrzeugen aller Art ist zwar in Deutschland noch bis zum Jahre 1931 dauernd gestiegen, die Produktion innerhalb Deutschlands ist indes in der Zeitspanne von 1928 bis 1932 um nicht weniger als 74 Prozent (dem Werte nach) gesunken. Im letzten Jahr ist besonders der Absatz von ausländischen Fabrikaten zurückgegangen, so daß also nicht die Verdrängung einheimischer Fabrikate durch ausländische die Ursache der Krise in der Kraftverkehrswirtschaft ist, sondern vielmehr die allgemeine Wirtschaftskrise.

Im Jahre 1932 betrug der Automobilabsatz in Deutschland 48 798 Wagen gegenüber 68 758 im Jahre 1931. Der Personenwagenabsatz sank von 56 006 auf 41 510, der Absatz der Last- und Lieferwagen sogar von 12 752 auf 7288 Stück. Der Auslandswagenabsatz (Personenwagen und Lastwagen) sank aber von 13 710 Stück auf 5945. Den weitaus größten Absatz unter den deutschen Firmen hatte die Firma Opel; ihr folgte an Personenwagen Audi-Wanderer (Auto-Union), an Last- und Lieferwagen Daimler-Benz. Unter den ausländischen Firmen steht Ford weitaus an der Spitze. Ihm folgten Fiat, General Motors (die indes Einfluß auf Opel haben) und die französische Firma Citroen.

Der Umsatz der gesamten Kraftverkehrswirtschaft, d. h. einschließlich Treibstoffindustrie, Löhnen der Taxichauffeure usw., wurde für 1931 vom deutschen Konjunkturforschungsinstitut auf 2,6 bis 2,8 Milliarden Mark geschätzt. 1931 kam in Deutschland auf 94 Einwohner ein Auto.

Speziell im Kraftfahrzeugbau waren 1931 47 000 Beschäftigte gegenüber 90 000 im Jahre 1928. In der gesamten Kraftverkehrswirtschaft waren 1931 etwa 150 000 Personen beschäftigt. Die Krise und andererseits auch die gerade in diesem Industriezweig sehr starke Rationalisierung wirken sich also auch auf den Arbeitsmarkt sehr stark aus, was wiederum ungeheuren Lohnabbau in der Kraftverkehrswirtschaft, besonders bei den Taxichauffeuren, zur Folge hatte.

Stillhalteabkommen unterzeichnet

Das Ende Februar ablaufende Stillhalteabkommen für kurzfristige deutsche Auslandsschulden ist nach langwierigen Verhandlungen, jetzt endlich, und zwar wieder um ein Jahr, verlängert worden. Deutscherseits wurde eine geringe, 0,5 proz. Herabsetzung der Stillhaltezinsen erreicht. Dafür ist der Umfang der in das Stillhalteabkommen eingeschlossenen Kredite um 5% verkleinert worden durch Ausbau der sogenannten Schweizer Klausel, die den Gläubigern gestattet, einen Teil ihrer Kredite trotz Stillhalteabkommen einzuziehen. Diese Summe braucht dann allerdings nicht in ausländischen Devisen, sondern sie kann in Reichsmark bezahlt werden.

Jahresabschluß der Arbeiter-Bank

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten hat im Gegensatz zu vielen anderen Banken durch Steigerung der Einlagen in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 eine — wenn auch geringe — Besserung gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen. Die Einlagen betrugen im Jahre 1932 insgesamt 135,52 Millionen Mark gegenüber 135,16 Millionen Mark im Jahre 1931. Der Gewinn beläuft sich auf rund 1 Million, und es wird in diesem Jahre eine Dividende von 5 Prozent ausgezahlt.

Die Gelder der Bank sind vor allem an Arbeiterorganisationen und an öffentlich-rechtliche Institutionen (Kommunen usw.) ausgeliehen worden. Der Anteil der Arbeiterorganisationen und ihrer Unternehmen (Baugenossenschaften, Konsumvereine usw.) betrug 52,45 Prozent. Darunter ist der Anteil der Baugenossenschaften infolge der Katastrophe im Bauwesen gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen, der der Konsumvereine dagegen gestiegen.

Die Vergütung an den Vorstand der Bank betrug insgesamt 72 000 Mark, der Unkostenposten für den Aufsichtsrat, der bei der Arbeiterbank keine Tantiemen, wohl aber Unkostenersatz erhält, 6300 Mark. Die Handlungsunkosten betrugen die erhebliche Summe von rund 2½ Millionen Mk.; hier spielt insbesondere die Uebersiedlung in das neu errichtete Gebäude in Berlin eine Rolle. Die Zahl der Angestellten der Arbeiterbank betrug 249.

Achtung Bezirksleitungen!

Das Büro der SAP Leipzig befindet sich ab heute Leipzig O 5, Rabet 14, Hth., Kellergeschoß.

Brief aus Spanien

Madrid, Februar 1933.

Ich war mitten drin in Andalusien in der revolutionären Bewegung: Casas Viejas, Medina Sidonia, La Rinconada etc., alles kleine Ortschaften zwischen Cadiz und Sevilla. In Cadiz wurde ich zweimal leibesvisitiert, ob ich Bomben bei mir trug, — das hat keinen Eindruck auf mich gemacht. Eindruck hat mir die Lage in Spanien gemacht, die Tatsache, daß, eine so tiefgehende soziale Krisis, so viel wirkliches Heldentum bei den Volksmassen bis jetzt zu gar nichts führten, denn die revolutionären Führer können so wenig anfangen mit dem außerordentlich starken Freiheits- und Kampfeswillen der Arbeiter und der Bauern. Besonders die offizielle kommunistische Partei treibt eine Politik, die ein direkter Verrat an der Arbeiterklasse ist (ich habe lange überlegt, ob ich das niederschreiben soll!).

Hier in Spanien ist die überwiegende Mehrheit des Proletariats anarchistisch, d. h. communisto-libertaria — „anarcho-kommunistisch“. Natürlich haben die Anarchisten, zusammengeschlossen in der Federatione anarchistica Iberiens (F. A. I. — Verband der Anarchisten Spaniens), sowie auch die in der C. N. T. (Confederacion national de trabajo — Nationalverband der Arbeiter) veraltete Kampfmethoden, aber unge ihr 80% der spanischen Arbeiter gehören ihnen an. Und diese Organisationen haben in zehnjährigem Kampf die Mentalität der Arbeitermassen so bearbeitet, haben hier so tief Wurzeln geschlagen, nicht nur im Proletariat, sondern auch unter den Bauern und dem armen Kleinbürgertum, daß man mit dem Geschimpfe „Verräter“, wie es die offizielle kommunistische Partei beliebt, nur jede Möglichkeit einer einheitlichen Kampffront sabotiert. Statt eine doktrinäre Opposition gegenüber diesen großen Massenorganisationen zu treiben, wäre vielmehr eine Taktik am Platze gewesen, daß die Partei versucht hätte, in den Reihen der F. A. I. Einfluß zu gewinnen, d. h., daß sie nicht hätte austreten und sich isolieren dürfen. Es war geboten, für eine Aenderung der Kampfesmethoden der F. A. I. in ihren Reihen zu kämpfen, denn tatsächlich erweisen sich diese Kampfesmethoden als untauglich, und die Massen der Organisierten wären einer solchen Politik zugänglich gewesen, denn die Anhänger sind revolutionäre Proletarier, sind Kommunisten, sind für die Diktatur des Proletariats, sind durchaus antibürgerlich und antikapitalistisch. In Tarragona unterhielt ich mich mit einem Mann, einem kleinen Grundbesitzer, wie sich später herausstellte. Ich spreche über die politische Situation, er sagt das Gleiche, was man überall hört: „Ja, wir haben die Republik, aber sie wird nicht lange halten.“ „Wieso, sind sie Monarchist?“ „Keine Spur, nur der Kommunismus wird kommen.“ „Dann sind Sie also Kommunist? Gibt es hier in dieser Gegend mehr Kommunisten oder Anarchisten?“ Er versteht nicht. „Ich frage, ob es viele Parteikommunisten gibt?“ „Es wird sicher solche geben“, antwortet er. „Dann sind Sie also Anarchist?“ „Nein.“ „Aber was sind Sie nun eigentlich?“ „Ich bin für den Kommunismus.“ „Aber, wenn Sie nicht einmal wissen, ob es viele Kommunisten hier gibt?“ „Wir sind alle für den Kommunismus“, wiederholte er.

Die große Masse denkt und spricht vom Kommunismus und meint den Anarcho-Kommunismus, den die Anarchisten propagieren. Wenn man ihnen erzählt, daß der wirkliche Kommunismus derjenige ist, den die III. Internationale propagiert, bemitleiden sie einen „Was wollen Sie, man schuftet und schuftet, und man hat nicht das Nötigste zum Leben, man hat nur Scherereien, unter dem Kommunismus wäre es gewiß viel besser.“ Und mit Blicken und halben Worten geben sie zu verstehen, daß sie viel entschlossener und revolutionärer sind, als sie einem Fremden gegenüber zugeben wollen.

Die revolutionäre Gesinnung der Arbeiter und auch des Kleinbürgertums ist keine einstudierte Sache, mir scheint, daß es hier mehr eine instinktive natürliche Sache ist, die sehr viel — fast zu viel — auf humanitären Gefühlen basiert. Sehen Sie zum Beispiel Casas Viejas. Die Bauern in diesem Nest in der Provinz Cadiz proklamierten den Kommunismus. Und wie machten sie das? Sie gingen zum Bürgermeister und zur Polizei und sagten, „Von jetzt ab haben wir hier den Kommunismus.“ Natürlich wollen sie sagen, daß der Boden des Dorfes, der jetzt dem Großgrundbesitz gehört, in Zukunft von so und so vielen kleinen Bauern bebaut werden soll, daß die Oliven und Orangen, die jetzt zum Ernten sind, von den Bauern für sich selbst gepflückt werden. Nachdem sie die Erklärung der Behörde abgegeben haben, daß jetzt der Kommunismus beginnen wird, ziehen sie wieder ganz friedlich in ihre Hütten. Ihre „Machtmittel“ sind ein paar antiquierte Gewehre, Stöcke, Sensen. Die Behörden aber benachrichtigen die höheren Instanzen. Die Guarda Civil, die Polizei, soll „Ordnung“ schaffen. Man läßt Verstärkungen kommen, und der Kampf beginnt. Die Revolutionäre sind jetzt die Minderheit. Sie werden in ihre strohbedeckten Hütten gejagt und dort beschossen, natürlich suchen sie sich zu verteidigen, ihre Hütten werden angezündet, sie werden ermordet, erstickt. Bei einem dieser Kämpfe wurden 16 Mann getötet. Es sind diejenigen, die Gerechtigkeit und Gewaltlosigkeit predigten. In ganz Südspanien spricht man von diesem Kampf in Casas Viejas. — —

Ich treffe auf der Landstraße einen Arbeiter, frage ihn, was in der Stadt los ist. Er antwortet: „Hier in der Stadt kann man nichts mehr tun, die Stadt ist wie eine Halbinsel, zu der es nur einen Eingang und Ausgang gibt. Wollte man dort Bomben hereintragen, würde man gleich entdeckt ...“ Er sagt das, als ob es die selbstverständlichste Sache von der Welt sei.

Wenn die Verzweiflung aufs höchste gestiegen ist, werden eben Bomben fabriziert. In den letzten Wochen sind überall im Lande welche explodiert. Anfangs war die Sache sicher vorbereitet, dann wurde sie entdeckt. In Barcelona und anderwärts flogen Bombengießereien auf, und man fand einige tausend unfertige Exemplare. Es ist kein Wunder, daß die Polizei zur Aufhebung dieser Fabriken kam. Man sprach überall fast offen davon, alle deuteten immerzu an, daß „etwas“ geschehen wird. Die Parteikommunisten erklären, daß die Sache schlecht organisiert gewesen ist und schimpfen über die Anarchisten. Sie machen aber dabei keine Eroberungen. In Katalonien ist die Kommunistische Partei kaum stärker als 3000 Mann. Im Süden Spaniens soll sie ihre besten Positionen haben. In Sevilla z. B. soll ihre zahlenmäßige Stärke respektabel sein, aber auch dort sind keine wirklichen Erfolge zu verzeichnen. Die Parteizeitung „Mundo obrero“ („Welt des Arbeiters“) wird in Sevilla viel gelesen. In den andern Arbeitergegenden liest man mehr „La Tierra“ („Die Erde“), das Blatt der Anarcho-Kommunisten, d. h. es ist von der Organisation unabhängig, wird aber in ihrem Geist geleitet.

Sevilla nennt man Sevilla la rojsa, das heißt: Die Rote. Trotz der guten Verbreitung ihrer Zeitung ist von einem wirklichen Einfluß der Kommunistischen Partei wenig zu spüren. Schuld daran tragen die Politik der Partei und die permanenten Führerkrisen. Maurin, der dort sehr angesehen ist, versuchte vergeblich, die Politik der Partei auf den Weg einer richtigen Massenbewegung zu führen. Er wurde bekämpft und schließlich als „Renegat“ und „Verräter“ ausgestoßen. Heute steht er mit einer guten Arbeitergruppe und einem eigenen Blatt außerhalb der offiziellen Partei. Dann kam der Krach mit Adame. Adame bekam auch Krach mit der Komintern wegen der spanischen Politik. Er wurde ausgeschlossen, mit ihm noch einige führende Funktionäre der Partei. Adame, eben noch forsch in der Bekämpfung Maurins, ging zur Sozialdemokratie! Ein gut Teil des Inhalts der kommunistischen Presse besteht nur im Schimpfen auf die „Verräter“ und „Renegaten“. Damit macht man aber keine Eroberungen im spanischen Proletariat, das den Weg sucht, um aus dem tiefen Elend, in dem es die soziale und politische Krise hält, endlich zu seiner sozialen und politischen Befreiung zu kommen.

Wahlen unter Terror

Saalschlacht in Hindenburg

SA verhindert planmäßig die Wahlfreiheit

Immer mehr häufen sich die Beweise, daß die kommende Wahl unter einem ungeheuerlichen, in der deutschen Geschichte der letzten Jahrzehnte einzig dastehenden Wahlterror vonstatten gehen wird.

Bereits in den letzten Tagen hat sich die faschistische Terrorwelle über ganz Schlesien ergossen.

So überfielen (Terrorakte aus kleineren Orten Schlesiens haben wir bereits gemeldet!) SA-Leute im Hindenburger Gewerkschaftshaus eine Versammlung der „Eisernen Front", in der Nölting sprach.

70 bis 80 leicht- und schwerverletzte Arbeiter

waren die Opfer dieses Ueberfalls. Die schlesische „Volkswacht" von gestern meldet zu den Vorgängen:

„Kurz von Beginn der Kundgebung sprangen etwa siebzig unbekannte Nationalsozialisten, die ohne Parteiabzeichen Einlaß gefunden und in den vordersten Reihen Platz genommen hatten, von ihren Plätzen auf und schlugen nach dem Kommando

„Saal räumen!"

mit Gummiknüppeln und Stahlruten auf die Versammlungsbesucher ein; im gleichen Augenblick drangen etwa 100 Nazis von außen in den Saal.

Es entwickelte sich eine entsetzliche Saalschlacht, die eine Viertelstunde dauerte. Zahlreiche Personen wurden von den Hakenkreuzlern zusammengeschlagen,

mehrere Frauen sprangen auf der Flucht vor den vertierten SA-Leuten durchs Fenster,

stürzten durch ein darunter befindliches Glasdach und zogen sich schwere Schnittwunden zu. Nachdem die Hakenkreuzler die Versammlungsteilnehmer aus dem Saal hinausgetrieben und die gesamte Einrichtung zertrümmert hatten, verfolgten sie ihre Gegner durch die benachbarten Straßenzüge. Auch hier wurden zahlreiche Personen überfallen und mißhandelt. Die Polizei sah dem Toben der Nazis tatenlos zu; einzelne SA-Leute entrissen den Polizeibeamten sogar die Gummiknüppel und schlugen damit auf Eiserne-Front-Leute ein.

Überfall in Poremba

Zur gleichen Zeit wurden im Stadtteil Poremba zwei von der Beerdigung eines Bergmanns zurückkehrende freigewerkschaftliche Betriebsräte von zehn Hakenkreuzlern überfallen und niedergeschlagen. Einer der beiden Verletzten, der Betriebsrat Piecha von der Königin-Luise-Grube, mußte mit furchtbaren Kopfverletzungen ins Knappschafts-Krankenhaus eingeliefert werden.

KP-Versammlung gesprengt

In den Abendstunden sprengten Nazitrupps, ebenfalls in Hindenburg, eine kommunistische Versammlung. Mehrere Arbeiter wurden lebensgefährlich verletzt. Zu Samaritern, die die Schwerverletzten fortschafften, äußerten die SA-Wegelagerer:

„Werft die Hunde auf einen Karren und laßt sie verrecken!"

Auch mehrere Arbeitersamariter wurden von den Nationalsozialisten mit Gummiknüppeln niedergeschlagen.

Der „gewaltsame Angriff" der Zwanzig

Wie wir bereits gestern kurz meldeten, ist in Kaltenbrunn im Kreise Schweidnitz ein sozialdemokratischer Erwerbslosenkursus wegen Hochverrat verhaftet worden. Jetzt liegt der amtliche Bericht vor:

„Wie in anderen Orten, so führt der Allgemeinen Deutsche Gewerkschaftsbund auch in Kaltenbrunn einen berufskundlichen Erziehungs- und Ausbildungskursus durch, der von 20 Teilnehmern besucht war. Seit einigen Tagen waren gewisse Unterlagen dafür vorhanden, daß der Ausbildungkursus, an dem sich in erster Linie Angehörige des Reichsbanners und der Schufo-Organisationen beteiligten, nicht nur der gewerkschaftlichen und politischen Schulung diente,

sondern verbotene Vorbereitungen zum gewaltsamen Angriff gegen die jetzige Reichsregierung traf.

(Zwanzig Mann! Donnerwetter! Wahrscheinlich wurden sie in der Handhabung von viermotorigen Bombenflugzeugen ..... ausgebildet. Anm. d. Red.). Das veranlaßte die Behörden zum Einschreiten. Landjägerbeamte und Beamte der Waldenburger Schutzpolizei erschienen Mittwoch mittag überraschend in Kaltenbrunn und lösten den Kursus auf. Den Beamten wurde kein Widerstand entgegengesetzt. Sämtliche 20 Teilnehmer wurden verhaftet und dem Gerichtsgefängnis in Schweidnitz zugeführt. Die Verhafteten sind erwerbslose Arbeiter im Alter von 20 bis 44 Jahren. Die Ermittelungen werden Klarheit bringen, ob sich der Verdacht hochverräterischer Unternehmungen bestätigt. (Man zweifelt also auch selbst, wenn nun der Verdacht sich nicht bestätigt? Ist das dann nur ein „Versehen" oder ist das eine „Blamage"? Anm. d. Red.).

Mittwoch abend wurde auch noch der Veranstalter des Lehrgangs, der Parteisekretär und Stadtrat Willi Hoppe in Schweidnitz in polizeiliche Haft genommen.

Grzesinski-Versammlung gesprengt

Saalschlacht im Breslauer Schießwerder

Gestern sprach der SPD-Minister a. D. Grzesinski in Breslau im Schießwerder.

Die etwa 150 Mann starke erschienene SA (die Söldlinge waren in Zivil, fielen daher vorher nicht auf) ließ Grzesinski etwa eine Stunde lang reden. Erst als er sein Referat beinahe beendet hatte, ertönte von der Tür des großen Saales des Schießwerders der Ruf

„Sieg-Heil".

Die Polizei löste hierauf sofort die Versammlung auf. Der SA gelang es aber trotzdem, eine wüste Saalschlacht zu entfesseln, bei der eine

große Anzahl von Arbeitern verletzt wurde.

Der Saal bildete ein wüstes Trümmerfeld. Tische und Stühle lagen wild durcheinander. Fast alle Fensterscheiben waren zerschlagen.

Wie sehr sich die SA bei der ganzen Aktion des polizeilichen Schutzes erfreute, bewies folgender Vorfall. Ein SA-Führer rief nach Schluß der Saalschlacht in den Saal: „SA tritt im Garten an!"

Und tatsächlich konnte die SA nachher unter polizilichem Schutz im Garten antreten und abmarschieren.

Der amtliche Bericht

Das Wolffsche Telegraphenbüro, das unter anderem auch einen amtlichen Bericht der Regierung in Breslau zitiert, meldet:

Breslau, 23. Februar.

„Im großen Saal des Schießwerders veranstaltete heute abend die SPD eine Wahlkundgebung, auf der Minister a. D. Grzesinski sprach. Der Redner wandte sich entschieden gegen die Anschuldigung, die SPD sei nicht national (!!) (Proleten, merkt euch diesen Satz! D. Red.). Auch die Sozialdemokraten hatten im Kriege ihre Pflicht getan. Dem Marxismus könne man mit Polizeigewalt nicht beikommen. Die SPD einige nicht ihre Organisation, sondern die Erkenntnis, daß das Elend in der Welt seine letzte Ursache in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung habe.

„Wir sind", so erklärte Grzesinski, „für das große, einige deutsche Reich der gesamten deutschen Nation, weil wir darin allein die Voraussetzung erblicken, daß das deutsche Volk ein gleichberechtigtes Volk in der Welt wird." (Proletarisch gesprochen: „Wir sind genau solche Imperialisten wie ihr!" Das zu den Nazis gesagt! D. Red.)

Was die Dolchstoßlegende betreffe, fuhr der Redner fort, so stehe dokumentarisch fest, daß Hugenberg den Krieg bereits im Juli 1918 als verloren angesehen habe. Aber man kreide der SPD offenbar als Verbrechen an, daß sie dem Volke Rechte gegeben habe.

An dieser Stelle kam es zu Zwischenfällen, über die von der Regierung in Breslau folgender Bericht ausgegeben wird:

„Anläßlich der öffentlichen Kundgebung der Eisernen Front am 23. Februar in Breslau kam es während der Rede des Polizeipräsidenten z. D. Grzesinski im großen Saal des Schießwerders zwischen Angehörigen der Eisernen Front und der NSDAP zu Zusammenstößen, so daß die Versammlung wegen Unfriedlichkeit aufgelöst werden mußte. Eine Anzahl Personen wurde verletzt."

„Versammlungsfreiheit"

Köln, 22. Februar.

Eine Wahlversammlung der „Eisernen Front", die in Opladen stattfinden sollte und für die der Reichsfinanzminister a. D. Hilferding als Redner vorgesehen war, verfiel dem Verbot. Von amtlicher Seite erfahren wir hierzu folgende Einzelheiten:

„Kurz vor der Versammlung wurde der dortige Landrat Trimborn, der der sozialdemokratischen Partei angehört, von dem Gaupropagandaleiter der NSDAP im Regierungsbezirk Düsseldorf telephonisch angerufen, der erklärte, daß der Jude Hilferding im Regierungsbezirk Düsseldorf nicht sprechen dürfe. Landrat Trimborn erklärt hierauf, daß er sich den Ausspruch „Jude" verbitten müsse, und daß es sich um den Reichsfinanzminister a. D. Hilferding handele.

Gleichzeitig erklärte der Landrat am Telephon, daß dieser Anruf den Tatbestand der Nötigung darstelle, und daß er sich nicht abhalten lassen werde, die gesetzlich gewährleistete Wahlpropaganda sicherzustellen. Um allen Eventualitäten aus dem Wege zu gehen, wurden daraufhin die sozialdemokratischen Versammlungsteilnehmer nach Waffen durchsucht. Ueberraschend traf dann ein Funkspruch des höheren Polizeiführers West aus Recklinghausen ein, der die Versammlung verbot.

CNB. Opladen, 23. Februar.

Dem Landrat Trimborn ist, wie wir erfahren, ein Staatstelegramm aus Berlin des Inhalts zugegangen, daß er bis auf weiteres beurlaubt sei. Landrat Trimborn gehört der SPD an.

Berlin, 23. Februar.

Die Sozialdemokratische Partei hatte für abends 8 Uhr in Britz eine Wahlversammlung angekündigt, in der der frühere Polizeipräsident Grzesinski sprechen sollte. Die Nationalsozialisten hatten starke Trupps zusammengezogen, die sich schon lange vor Beginn der Kundgebung vor dem Eingang zum Lokal versammelten.

Der diensttuende Polizeioffizier ließ die Nationalsozialisten bereits um 6,30 Uhr in den Saal ein,

als Anhänger der SPD in größerer Zahl noch nicht erschienen waren und sich nur ein kleiner Trupp im Lokal befand, der die Ausschmückung des Saales besorgen sollte. Die Nationalsozialisten fielen sofort über diese wenigen Leute her und trieben sie mit Reitpeitschen aus dem Saal, während sie die angebrachten Fahnen und Embleme zerrissen und mit Füßen traten. Die Versammlung mußte abgesagt werden.

Kassel, 23. Februar.

WTB. Der Polizeipräsident hat das Auftreten des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Crispien-Berlin als Redner in der am 24. Februar in der Stadthalle stattfindenden öffentlichen Kundgebung der Eisernen Front verboten.

Krefeld, 23. Februar.

Das Polizeipräsidium teilt mit: „Die Kommunistische Partei hat für den 24. Februar, 20 Uhr, eine Versammlung in Aussicht genommen, die im „Dortmunder Hof" stattfinden sollte. Diese Versammlung mußte polizeilich verboten werden, da die Partei Maßnahmen in Aussicht genommen hatte, die zu einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit geführt hätten."

„Pressefreiheit"

Kassel, 23. Februar.

Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau hat die in Schmalkalden erscheinende Tageszeitung „Volksstimme" (SPD) mit sofortiger Wirkung bis einschließlich 27. Februar verboten.

Frankfurt a. M., 23. Februar.

Die in Frankfurt erscheinende Wochenzeitschrift „Der Arbeitslose" ist vom Oberpräsidenten mit sofortiger Wirkung bis zum 22. März einschließlich verboten worden.

Mannheim, 23. Februar.

Die in Mannheim erscheinende sozialdemokratische „Volksstimme" ist bis Dienstag, den 28. Februar auf Ersuchen des Reichsinnenministers von der badischen Regierung verboten worden.

Vorzensur!

Berlin, 23. Februar.

CNB. Der Reichsgeneralsekretär der Zentrumspartei, Dr. Vockel, hat in einem Telegramm an den Reichskommissar Göring dagegen Protest erhoben, daß über das Niederrheinische Tageblatt in Kempen am Niederrhein eine Vorzensur verhängt worden sei, indem das Blatt vor der Herausgabe dem Polizeikommissar zur Durchsicht vorgelegt werden soll.

Mannheim, 23. Februar.

Der Mannheimer Polizeipräsident hat verfügt, daß alle Reden, die in öffentlichen Kundgebungen der SPD unter freiem Himmel gehalten werden sollen, 24 Stunden vorher im Manuskript dem Polizeipräsidium vorzulegen sind.

Auch das zweite Vorwärts-verbot war unzulässig!

Berlin, 23. Februar.

CNB. **Der Vorwärts veröffentlicht folgenden Schnellbrief des preußischen Innenministeriums: „Auf die Beschwerde vom 15. Februar 1933 gegen die Verfügung des Herrn Polizeipräsidenten in Berlin vom gleichen Tage, durch die die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Vorwärts" bis zum 22 Februar 1933 verboten worden ist, hebe ich die genannte Verfügung des Herrn Polizeipräsidenten in Berlin gemäß § 12 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 auf. Der Kommissar des Reichstages, i. A.: gez. Grauert."**

*

Leipzig, 23. Februar.

Die kommunistische „Sächsische Arbeiterzeitung" ist auf 3 Tage verboten worden.

Celle, 23. Februar.

Das sozialdemokratische „Volksblatt" ist beschlagnahmt und polizeilich verwarnt worden.

Auch eine Stellung zur Einheitsfront

(Eigener Bericht der SAZ.)

Gelsenkirchen.

Der „Volkswille", Organ der SPD Gelsenkirchen, brachte einen Artikel über das Einheitsfront-Angebot der hiesigen Ortsgruppe der SAP, unter der bezeichnenden Ueberschrift: „Humor trotz alledem!"

Am 30. Januar, also am Tage der Machtergreifung Hitlers, hatte der Vorstand der SAP versucht, mit den proletarischen Organisationen gemeinsam zu der nunmehr geschaffenen Situation Stellung zu nehmen.

Einige Tage nach diesem Angebot soll der SPD-Sekretär Brüntink, wie aus SPD-Kreisen verlautet, in einer Versammlung derselben gesagt haben, er wisse nicht mehr, wo ihm der Kopf stünde, er müsse erst abwarten, welche Richtlinien ihm die Spitze aus Berlin gebe. Uns antwortete er nicht und erschien auch nicht zu der Besprechung. Eine Woche später erschien der Artikel. Daraus einige Kostproben:

„Die Kerle wissen wenigstens was sie wollen. Klein aber tapfer. Wer nichts hat, hat nichts zu verlieren. Wer zu schwach ist, zu kämpfen, darf seine Schmute ruhig vollnehmen."

In dieser Tonart geht es weiter. Doch drehen wir den Spieß herum. Hinsichtlich des 20. Juli, wie überhaupt der Politik der SPD, können wir den Satz variieren: „Groß, aber feigel"

Der Schlußsatz des Artikels ist bezeichnend und lautet wörtlich:

„Im übrigen bittet die Parteileitung der SPD, sie in Zukunft mit solchen lustigen Zuschriften zu verschonen, da hierzu die Zeit zu ernst ist."

Dieser Satz, wie der ganze Artikel sprechen Bände von der unverantwortlichen Einstellung der SPD-Leitung zu den brennendsten Tagesfragen des Proletariats. Im übrigen denken wir auch gar nicht daran, diese Führung aus dem Winterschlaf zu wecken. Wenn sie heute noch nicht die Zeichen der Zeit versteht, so können wir ihr nicht helfen. Aber verhindern wollen wir, daß diese unbelehrbare Führung die ganze Arbeiterklasse und vor allem die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter mit in den Abgrund der faschistischen Barbarei zerrt.

Frick verbietet KPD-Demonstrationen in Sachsen

Berlin, 22. Februar.

WTB. Das Reichsgesetzblatt vom 21. Februar veröffentlicht eine Verordnung des Reichsministers des Innern, durch die auf Grund des § 5 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (Reichsgesetzblatt I Seite 35) im Gebiete des Freistaates Sachsen Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge, die von der Kommunistischen Partei Deutschlands, ihren Hilfs- oder Nebenorganisationen veranstaltet werden, bis auf weiteres verboten werden. Das Verbot tritt sofort in Kraft.

In Sachsen besteht eine Regierung, die aus weit rechts stehenden Ministern zusammengesetzt ist. Wenn dieses Kabinett kein Demonstrationsverbot gegen die KPD erlassen hat, so beweist das am besten, daß eine sachliche Notwendigkeit zu einem solchen Vorgehen gegen die KPD nicht gegeben war. Die Verordnung des Reichsinnenministers Dr. Frick gehört in die Reihe der Maßnahmen, die den Wahlkampf und die sonstigen Agitationsmöglichkeiten der KPD unterbinden sollen.

Achtung!

Presse-Anteilscheine

über **RM. 10.-** mit Abschnitten zu **RM. 1.-, 0.50 und 0.25,** sowie Pressefondmarken zu **10 Pfg.** sind beim Verlag vorrätig. Überall muß der Vertrieb gut organisiert werden. Bestellungen sind umgehend an den Verlag zu senden. Kampfbereit!

SAZ-Geschäftsleitung

Polizeibeamter freigesprochen

Das Ende einer Verfassungsfeier

„In mein Verein bin ich hineingetreten."

Verfassungsfeier 1931. Bürger und Beamte in Feststimmung. Reden werden geschwungen. Schwarzrotgoldenes Tuch schmückt die Tribünen. Ja, das war damals, als man noch stolz auf die Republik war, als einem das Gefühl, Republikaner zu sein, gewaltig die Brust schwellte.

Da gibt es in Breslau einen Polizeigesangverein, der bei irgendeiner dieser Verfassungsfeiern — 1931 war es — die Zuhörer durch seine Kunst erfreut hatte.

Die Vereinsmitglieder — Beamte in Zivil. Was tut man nach so einer Feier? Nun, man setzt sich in ein Lokal, um bei einem Glase Bier Nachfeier zu halten.

So saß man denn im Vereinszimmer des Lokals Schultheiß Patzenhofer in der Ohlauer Straße. Da die Stimmung gut und da man ein Gesangverein war, erklang bald ein kräftiger deutscher Männerchor.

Saß da nicht weit von dem Tisch der Polizeigesangsgewaltigen ein Mann mit zwei Damen — Damen!? Der Mann, schon reichlich angeheitert, singt mit (und trägt damit nicht gerade zur Hebung des Kunstgesanges bei). Böse Zungen behaupten, er habe gar nicht gesungen, sondern gegrölt.

Soweit ganz gut. Er wird immer aufdringlicher, trinkt den anderen Gästen (auch den Beamten) das Bier weg, kriegt mit seinen „Damen" Krach, die unter Protest das Lokal verlassen, und weigert sich schließlich die Zeche zu bezahlen.

Da der Lokalinhaber, der — nebenbei bemerkt — ein streng nationaler Mann ist, nicht mit dem streitlustigen Fremden fertig werden kann, bittet er eines der Mitglieder des Polizeigesangvereins, den Wachtmeister Ohla, ihm doch behilflich zu sein.

Ohla, der den Wirt seit langem kennt, und den der Wirt seinerseits wiederum gut kennt, knöpft sich seinen Rock zu, setzt eine Amtsmiene auf und versucht den fremden Krakeeler zum Lokal hinauszubefördern. Der Streitsüchtige widersetzt sich dem aber.

„Die Uniform macht den Polizeisoldaten."

Ohla, der in Zivil ist, ruft das nächste Revier an, damit ein Kollege dienstlich und in voller Uniform einschreite, aber „wegen der Verfassungsfeier war keiner da".

Darauf entschließt sich Ohla, männlich durchzugreifen. Er will den Fremden hinauswerfen. Drei Ausgänge stehen ihm für dies halbamtliche „Einschreiten" zur Verfügung.

Etwa durch den Ausgang zur Ohlauer Straße? Nein, dort stehen die Kommunisten (O, diese Bösen!), wie leicht könnten sie über den Angetrunkenen herfallen....

Durch den Ausgang zur Liebichshöhe? Auch nicht. Denn dort halten die Heerscharen der Nazis.

Bleibt nur noch ein dritter Ausgang — durch die Küche. Da ist zwar so eine dunkle fünf Stufen zählende Treppe, ohne Geländer — aber was macht das? Ohla begleitet den Radaubruder bis zur Tür, komplimentiert (angeblich und auch nach Meinung des Gerichts) ihn ebenso höflich wie energisch hinaus. Knallt die Tür zu und begibt sich wieder zu seinen Sangesbrüdern.

Erst nach einer starken halben Stunde findet man den Radaubruder mit einem schweren Schädelbruch vor der Treppe liegen. Eine Lungenentzündung tritt hinzu. Er stirbt.

Ohla wird unter Anklage gestellt. Das Gericht ist eifrig bemüht, den Wachtmeister zu entlasten. Der fremde Krakeeler sei auch sonst sehr streitsüchtig gewesen. Besonders an dem Tage des „Unfalls" habe er vorher bereits mit seiner Braut Krach bekommen und sei dann ohne sie „ausgegangen". Die Polizei hatte bereits vor der gerichtlichen Verhandlung einen Lokaltermin veranstaltet.

Eins steht aber fest: Der Wachtmeister Ohla wußte um den geradezu lebensgefährlichen Bauzustand der Treppe.

Er wird zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Revision beim Reichsgericht. Das Urteil wird aufgehoben und der Fall an das Breslauer Schwurgericht zurückverwiesen, und jetzt, zu Beginn dieser Woche, als erster Prozeß der diesjährigen Schwurgerichts-Periode verhandelt.

Ein Freispruch erfolgt nicht, dafür aber wird das Verfahren eingestellt.

Man könnte Ohla zwar jetzt noch wegen fahrlässiger Körperverletzung belangen. Das geht aber den Paragraphen nach nicht, da kein Strafantrag gestellt worden ist (weder von dem Toten selbst noch von dessen Angehörigen).

Ein Prozeß, der zum Nachdenken in vieler Beziehung über die deutsche Justiz und andere „deutsche Belange" anregt.

Kreistagswahlen Breslau-Land

Die am Sonntag, dem 12. Februar tagende Kreiskonferenz der SAP für Breslau-Land beschloß, sich an den Kreistagswahlen vom 12. März zu beteiligen.

Als Kandidaten wurden folgende Genossen aufgestellt:

1. Freitag August, Gr.-Mochbern,
2. Kiesewetter Heinrich, Oltaschin,
3. Becker Max, Klettendorf,
4. Maskos Hermann, Schmolz,
5. Daum Richard, Ransern,
6. Herrnstadt Klara, Gr.-Mochbern.

Genossen, Gesinnungsfreunde, wir verfügen nicht über die Geldmittel der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiter"-Partei, noch nicht über eine so sorgfältig ausgebaute Organisation wie die SPD. Wir richten daher insbesondere an die Genossen von Groß-Breslau die Bitte, uns in der Propaganda zu unterstützen, alle ihre im Landkreise wohnenden Arbeitskollegen und Verwandten aufzufordern, bei den Kreistagswahlen der SAP die Stimme zu geben.

An den Gemeindewahlen beteiligt sich die SAP nur in Gr.-Mochbern und Oltaschin mit eigenen Listen.

Genossen von Breslau-Land, denkt an die Erfolge unserer Genossen in Sachsen, in Geesthacht, Kelbra und so fort. Wir dürfen nicht hintenan stehen.

Die Parole für den 12. März lautet: Alle Kraft für die Partei: und damit für die Klasse!

Rote Abende der SAP in Groß- und Klein-Mochbern

Die SAP veranstaltete am 15. Februar in Klein Mochbern einen Roten Abend, der von der Spieltruppe der PKG ausgestaltet wurde. Die Genossen verstanden es ausgezeichnet, in ernsten und satirischen Darbietungen ein Bild der heutigen politischen und kulturellen Verhältnisse an den Besuchern vorbeirollen zu lassen. Genosse Sommer wies in einer kurzen Ansprache auf die heutigen Aufgaben der Arbeiterklasse und die Forderungen der SAP hin. Die von über 150 Genossen besuchte Versammlung war ein guter Erfolg für die SAP, der sich auch in einem regen Verkauf der SAZ auswirkte.

Am 18. Februar fand in Groß Mochbern eine Veranstaltung mit demselben Programm statt, die ebenfalls von über 150 Genossen besucht war.

*

Am 22. spielte die Truppe ihr Programm in Schmiedefeld in einer Versammlung, die von etwa 120 Genossen besucht war. Wenn man bedenkt, daß die SAP in all diesen Orten bei der letzten Reichstagswahl nur ganz wenige Stimmen erhalten hatte, so sind diese Veranstaltungen ein Zeichen, daß auch das Landproletariat immer mehr für den Kampf der SAP gewonnen wird.

Offentliche SAP-Versammlung in Klettendorf

Für Donnerstag, den 16. Februar, hatte die SAP in Klettendorf eine öffentliche Versammlung einberufen.

Genosse Kirstein (Breslau) sprach über das Thema „Hitler Reichskanzler und die Aufgaben der Arbeiterklasse". Im Referat wies Genosse Kirstein auf die bisher falschen Parolen der SPD sowie KPD hin und stellte die Forderung auf, unter allen Umständen und mit allen Mitteln die Einheitsfront unter zielklarer revolutionärer Führung zu bilden. Die allgemeine Zustimmung und der Beifall bewies, daß die Arbeiterschaft in wachsendem Maße Verständnis für unsere Politik bekommt. Genosse Sommer wies am Schluß jetzt schon auf die Kommunalwahlen hin, die am 12. März stattfinden, und da ihre Stimme der SAP zu geben, da die SAP sich die Aufgabe stellt, die Einheitsfront unter allen Umständen zu schmieden. Obwohl wir am 6. November 1932 nur wenige Stimmen in Klettendorf erhielten, hat die Versammlung von zirka 80 Anwesenden gezeigt, daß die Arbeiterschaft immer mehr Vertrauen zur SAP gewinnt.

Vom Auto angefahren

Breslau, 23. Februar.

Als der Student H. aus der Lehmgrubenstraße mit seinem Fahrrade die Schweidnitzer Straße entlang fuhr, wurde er von einem Personenkraftwagen von hinten angefahren. Er erhielt einen derart starken Stoß, daß er mit seinem Rade bis auf den Bürgersteig gestoßen wurde, wo er mit dem Klempner K. aus der Neudorfstraße mit aller Wucht zusammenstieß. Der Fußgänger erlitt innere Verletzungen.

Festgenommener Lohngeldräuber

Liegnitz, 23. Februar.

Auch der zweite der Täter, die am 10. Februar eine Kontoristin überfallen und ihr 3600 Mark Lohngelder zu rauben versucht hatten, ist jetzt festgenommen worden. Es handelt sich um den 22jährigen Stricker Albertin aus Liegnitz.

Willst du

als Freidenkergenosse gegen das drohende Verbot deiner Organisation kämpfen?

Willst du für Kirchenaustritte werben?

Bist du gegen Faschisierung und Verpfaffung?

Bist du für die Wiederherstellung der demokratischen Rechte der Mitglieder im DFV?

Dann wähle:

„Liste 2"

„Verbandseinheit und Wahrung der Mitgliederrechte"

Der Tod in der Scheune

Hirschberg, 22. Februar.

Im nahe gelegenen Neukirch stürzte die Frau des Landarbeiters Hermann Scholz auf dem Dominium Taschendorf auf die Tenne. Mit schweren inneren Verletzungen wurde die Frau in das Goldberger Krankenhaus gebracht, wo sie ihren Verletzungen erlegen ist.

Dieser Film läuft in den

PKG-Morgenfeiern

am Sonntag, vorm. 9.30 Uhr, im Zentral-Kino, 10.30 Uhr im Kristallpalast.

Eintritt 20 Pfg. (Organisationsausweis mitbringen.) (Der Film ist nicht jugendfrei. Jugendliche unter 18 Jahren können nur in Begleitung von Erwachsenen der Veranstaltung beiwohnen.)

Aus aller Welt

Ermordet und verbrannt

Budapest, 23. Februar.

CNB. Das Verschwinden eines 16jährigen Mädchens namens Ilona Toth aus Szegedin hat nach einem Monat eine furchtbare Aufklärung gefunden. Zwei Freundinnen der Verschwundenen entdeckten gestern bei einem Besuch in der Wohnung des Heizers Balint einige Kleidungsstücke des verschwundenen Mädchens. Balint, der Heizer in einem Szegediner Lichtspieltheater war, wurde verhaftet. Er gestand, das Mädchen verbrannt zu haben. Das Mädchen habe die Nacht zum 29. Januar bei ihm verbracht. In der Frühe wollte er sie wecken, aber das Mädchen sei bewußtlos gewesen. Da er gefürchtet habe, daß der unerlaubte Besuch entdeckt und er seine Stellung verlieren werde, habe er den leblosen Körper des Mädchens in dem Heizkessel verbrannt. Am anderen Tage habe er die Ueberreste mit der üblichen Asche hinausgeschüttet.

Schneestürme in Dalmatien

Deutscher Wanderbursche erfroren aufgefunden

Belgrad, 23. Februar.

Seit einigen Tagen wüten im Nordwesten Jugoslawiens, vor allem an der dalmatinischen Küste, schwere Schneestürme, die den Verkehr zu Wasser und zu Lande außerordentlich behindern. Im Gebirge liegt der Schnee an manchen Stellen bis zu vier Metern hoch. Auf der Eisenbahnstrecke von Agram nach Spalato ist ein Zug eingeschneit. Auch die Küstenschiffahrt hat unter den schweren Winterstürmen sehr zu leiden. Der Dampfer „Dubrovnik", der den Küstendienst zwischen Spalato und Triest versieht, mußte kurz nach seiner Ausfahrt in den Hafen von Spalato zurückkehren. Ein anderes Schiff konnte den Hafen nicht erreichen. In den Küstenorten richtete der Sturm schweren Sachschaden an. Der Dampfer „Tsetina", der ebenfalls der kleinen Küstenschiffahrt dient, scheiterte an der dalmatinischen Küste. Passagiere und Besatzung konnten gerettet werden. Man will versuchen, das Schiff wieder flott zu machen, obwohl es schwer beschädigt ist.

In der Nähe des Dorfes Bodovali im Banat Wrbas (Teil des früheren Bosnien) wurde unter Schneemassen verschüttet die Leiche eines 26jährigen jungen Mannes gefunden, den man als den deutschen Globetrotter Gerhard Groner identifizieren konnte.

Rekord-Irrsinn

New-York, 22. Februar.

Der englische Automobil-Rennfahrer Campbell durchraste am Strande von Dayton Beach die Meilenstrecke gleich auf der ersten Fahrt mit einem Stundenmittel von 440,245 km und erzielte für beide Fahrten (Hin- und Rückfahrt) die neue Weltrekordleistung von 437,914 Stdkm. Sein alter Rekord stand auf 408,047 Stdkm.

Aufklärung über die Katastrophe von Neunkirchen?

Furchtbarer Leichtsinn

WTB. Das Gewerbeaufsichtsamt veröffentlicht einen Bericht über die neuesten bei der Untersuchung der Explosionskatastrophe gemachten Feststellungen. Der Explosion des großen Gasbehälters ist bekanntlich eine kleinere Explosion in dem Umgehungsrohr des Gasometers vorausgegangen. Es ist bereits früher festgestellt worden, daß an diesem Umgehungsrohr kurz vor der Explosion noch gearbeitet worden ist. Man nahm aber an, daß nur mit dem Hammer, also auf kaltem Wege, gearbeitet worden sei. Nunmehr wurde ermittelt, daß mit größter Wahrscheinlichkeit unmittelbar vor der Explosion Arbeiten mit dem Schneidebrenner an dem Umgehungsrohr vorgenommen wurden. Da das Umgehungsrohr vorher gasfrei gemacht worden war und eine Undichtigkeit dieses Rohres gegen das mit Gas gefüllte Nachbarrohr von den Arbeitern nicht bemerkt worden war, hielt man diese Arbeiten für ungefährlich.

Am Lautsprecher

Vom 26. Februar bis 4. März 1933

Sonntag: 6.35: Hafenkonzert. 8.15: Morgenkonzert. 9.10: Gereimtes — Ungereimtes. 9.30: Zwanzig Minuten Verkehrsfragen. 11.00: Hultschiner Grenztag. 12.00: Mittagskonzert. 14.05: Volkswirtschaftliche Tagesausdrücke. 14.20: Fünfzehn Minuten für die Kamera. 14.50: Im Sonnenland Dalmatien. 15.10: Ski-Meisterschaften. 15.35: Kinderfunk. 16.35: Unterhaltungskonzert. 18.00: Der Zeitdienst berichtet. 18.30: Klaviermusik von Beethoven. 19.00: Der Stil der deutschen Rede. 19.25: Dreißig Minuten Heiterkeit mit Adolf Gondrell. 20.00: Weber-Lortzing-Abend. 22.20: Tanzmusik.

Montag: 6.15: Funkgymnastik. 6.35: Morgenkonzert. 8.15: Funkgymnastik für Hausfrauen. 10.10: Schulfunk für Volksschulen. 11.30. Schloßkonzert. 13.00: Rund um den Rosenmontagszug. Mittagskonzert. 14.00: Alaaf, Kölner Rosenmontagszug. 15.40: Das Buch des Tages. 16.20: Unterhaltungskonzert. 17.30: Das schwarze Jahr 1633. Aus Breslaus schwerster Zeit. 17.55: Berichte aus dem Musikleben. 18.15: Fünfundzwanzig Minuten Französisch. 18.40: Der Zeitdienst berichtet. 19.00: Wandlungen im Stil der Rede. 19.30: Rosenmontag. Zu Tanz und Unterhaltung. 20.40: Fasching. 21.50: Zu Tanz und Unterhaltung. 23.20: Funktechnischer Briefkasten. 23.30: Tanzmusik.

Dienstag: 6.15: Funkgymnastik. 6.35: Morgenkonzert. 11.50: Konzert. 13.05: Tanz und Marsch in der Oper. 14.05: Im Fasching. 15.40: Kinderfunk. 16.10: Konzert. 16.35: Gesänge aus „Siegfried". 17.00: Das Buch des Tages. 17.50: Politische Reden. 18.20: Der Zeitdienst berichtet. 20.00: Kehraus! Fastnachts-Dienstagball. 22.30: Fastnacht auf dem Lande. 22.45: Kehraus und Abschied vom Prinzen Karneval.

Mittwoch: 6.15: Funkgymnastik. 6.35: Morgenkonzert. 8.15: Funkgymnastik für Hausfrauen. 10.10: Schulfunk für Berufsschulen. 11.30: Konzert. 13.05: Mittagskonzert. 14.05: Zur Unterhaltung. 16.00: Was uns die Breslauer Straßennamen von Breslau Vorzeit erzählen. 16.30: Klaviermusik. 17.00: Tiergeschichten. 17.15: Forstdiebstahl. 17.35: Gesang des äußerlichen Lebens. 18.25: Wintersportmöglichkeiten in der oberschlesischen Gebirgsecke. 18.40: Die Gefahr der Atemgifte und ihre Abwehr. 19.05: Violinkonzert. 19.35: Wirtschaftsnot und Berufserziehung. 21.25: Der deutsche mystische Dom.

Donnerstag: 6.15: Funkgymnastik. 6.35: Morgenkonzert. 11.30. Fünfzehn Minuten für die Landwirtschaft. 11.50: Konzert. 13.10: Mittagskonzert. 14.05: Frauenstimmen. 15.30: Nun ist der März da! 15.40: Das Buch des Tages. 16.00: Unterhaltungskonzert. 16.45: Kinderfunk. 17.15: Der Hausmusik gewidmet. 17.45: Teschener Schlesien. 18.05: Stunde der Arbeit. 18.30: Wissenschaftliche Reden. 19.00: Unterhaltungskonzert. 21.25: Flucht aus Venedig. 22.55: Zehn Minuten Esperanto. 23.05: Grenzbezirke Ostpreußens als Reiseziel.

Freitag: 6.15: Funkgymnastik. 6.35: Morgenkonzert. 8.15. Funkgymnastik für Hausfrauen. 8.30: Stunde der Frau. 10.10: Schulfunk für höhere Schulen. 11.30. Konzert. 13.05: Blaskonzert. 14.05: Moderne Tänze. 15.40: Jugendfunk. 16.10: Unterhaltungskonzert. 18.15: Heinz Steguweit liest aus eigenen Werken. 18.45: Der Zeitdienst berichtet. 19.45: Worüber man in Amerika spricht. 20.00: Idomeneo. 21.10: Konzert. 22.25: Erfinder und ehe sie es wurden. 22.40. Zu Tanz und Unterhaltung.

Sonnabend: 6.15: Funkgymnastik. 6.35: Morgenkonzert. 11.30: Mittagskonzert. 13.05. Schallplattenkonzert. 14.05. Schallplattenkonzert. 15.30: Blick auf die Leinwand. 15.50: Das Buch des Tages. 16.40: Unterhaltungskonzert. 17.30: Stunde der Musik. 18.25: Der Zeitdienst berichtet. 19.00: Zur Unterhaltung. 21.15: Orchesterkonzert. 22.25: Amtseinführung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Franklin Roosevelt. 22.45: Unterhaltungsmusik.

Beim Funk-Frank · Brüderstraße 47, Brockauer Str. 10
werden Sie reell und fachm. bedient!
Elektro-Radio-Foto-Bedarf
Eig. Fachm. AKKU-Ladestation
Leih-Akkus! Anoden 100 Volt von RM. 4.50 an.

Bastler! Einzelteile, Rundfunkgeräte
Elektra-Radio nach wie vor, nur
im Knick der Nikolaistr. 18/19. Keine Filialen. — Teilzahlung.

Sachsenseite der SAZ

Eibenstock

Unsere „Ehrenbürger". Endlich haben die „Hitleriten" ihren Adolf und die „Christlichen Interessenvertreter" ihren Paul von Hindenburg als „Ehrenbürger". Für die „Sonntagspromenade" wurde der Postplatz in „Hindenburgplatz" und die innere Auerbacherstraße und Hauptstraße in „Adolf-Hitler-Straße" umgetauft. Die Unkosten für den Umzug ins „Dritte Reich" sind von den „braunen" und „feinen" Herren, denen die Not der Aermsten so ans Herz gewachsen ist, bereits bei der Girokasse hinterlegt. So geschehen in der Stadtverordnetensitzung. Durch Beflaggen des Rathauses mit dem Hakenkreuz wurde diese Tat den Arbeitslosen kundgetan, da ja nur in deren Interesse diese ganze Arbeit lag. „Wir haben 7 Millionen Arbeitslose. Daran ist das „rote Untermenschentum" schuld. Wir wollen das beseitigen. Darum brauchen wir „Ehrenbürger". Das war die Begründung, die die Nazis durch den Zollbeamten Friedrich abgeben ließen. Mit Aeußerlichkeiten wollen sie das Volk satt machen. Was nützt den Arbeitslosen eine Beihilfe für ihre Kinder, die zu Ostern die Schule verlassen oder das erste Mal die Schule besuchen. Hauptsache, wir haben für die „Ehrenbürger" gesorgt. Darum lehnten die Nazis und Bürgerlichen den Antrag auf Gewährung einer solchen Beihilfe ab. Auf eine Anfrage der Linken, mit welchem Recht beim Aufmarsch der „nationalen Front" die schwarz-weiß-rote Fahne auf dem Rathaus gehißt wurde, erklärte der Nazi-Strobell, daß in der Verfassung kein Wort davon stehe, daß diese Fahne nicht gehißt werden darf. Merken die Nazi-Proleten endlich, daß sie um die Nase geführt und zu ganz anderen Zwecken mißbraucht werden? Ist schon etwas von dem Versprochenen erfüllt worden? Nein. Aber von den Dingen, von denen man nie gesprochen hat, ist schon vieles in die Tat umgesetzt. Mögen euch diese Dinge zum Denken anregen.

Heidenau

Für die hiesige Gruppe des Sozialistischen Schutzbundes hatte das Dresdner Nebelspalter-Kollektiv die Ausgestaltung eines Abends übernommen. Ueber 500 Zuschauer sahen die politisch-satirischen Spiele und hörten mahnende und anklagende Songs. Den musikalischen Teil bestritten abwechselnd Schutzbundkapelle und Nebelspalter-Orchester. Der Abend war ein voller Erfolg.

Planitz

Kapitalistische Barbarei. Durch die Anwendung der ministeriellen Fürsorgerichtsätze, die in ihrer krassesten Form für den Bezirksverband Zwickau vom Amtshauptmann von Römer angeordnet wurden, ist ein großer Teil Erwerbslose, sowie auch die Stadt in eine unhaltbare und unverantwortliche Lage gebracht worden. Etwa 70 junge Menschen, denen man auch den letzten Pfennig Unterstützung raubte, wurden so gezwungen, sich obdachlos zu melden da auch die Angehörigen, auf dessen Hilfe man die Opfer hinwies, bei ihrem kärglichen Lohn mit bestem Willen nicht in der Lage sind, ihnen eine Existenzmöglichkeit zu bieten. Diese Menschen, unschuldig Verdammte, beraubt aller Lebensfreude, kampieren nun in einem Raum auf der Diele, bedeckt mit wenig Stroh, und grübeln und grimmen in den Tag hinein. Einer bei der Amtshauptmannschaft vorsprechenden Delegation wußten die maßgebenden Stellen nichts besseres zu bieten als die schaukelnde Schulter. Mit dieser Lage und den hierzu gestellten Anträgen, die nichts anderes als eine Existenzmöglichkeit verlangen, nämlich Aufhebung der neuen Richtsätze und Wiedereinführung der vor dem 2. 1. 33 gültigen Sätze, Bereitstellung von Unterkunftsmöglichkeit und volle Beköstigung der Obdachlosen bis zur Wiedergewährung der alten Sätze, beschäftigte sich eine Dringlichkeitssitzung der Stadtverordneten zum wiederholten Male. Alle Fraktionen brachten unverhohlen ihre Sympathie für die Erwerbslosen zum Ausdruck und geißelten scharf das Verhalten von Romeis, wobei ihm schlimmste Provokation an den Erwerbslosen und — von rechts — Zertrümmerung der deutschen Familie vorgeworfen wurde. Nur einem Nazi blieb es in dieser Situation vorbehalten, die Erwerbslosen mit der dummfrechen Bemerkung: „Ich stelle fest, sie wollen keine Arbeit" zu beleidigen. Sie wissen scheinbar noch nicht, daß ihr Führer und derzeitige Reichskanzler Hitler solche erst nach Jahren schaffen will. Die Erwerbslosen können aber nicht abwarten bis die vom Herrn Reichskanzler auf seine Arbeit herabgeflehte Gnade Gottes ihnen Arbeit und Brot bringt. Sie wollen leben, und haben darauf ein heiliges Recht, das jedes Mittel, auch das der Notwehr, zur Verteidigung ihrer Existenz rechtfertigt. Die Stadtverordneten erkannten einstimmig die Forderungen der Erwerbslosen an. Wie sich der Herr Amtshauptmann dazu stellen wird, bleibt abzuwarten, wie auch abzuwarten bleibt, was sich aus dieser, die Existenz der Betroffenen aufs höchste gefährdenden Lage entwickelt, falls nicht schnellstens Abhilfe geschaffen wird.

•

Alle Metallarbeiter haben die Pflicht, die am Sonntag, den 26. Februar, vormittags 9 Uhr, im „Goldenen Becher" stattfindende Generalversammlung zu besuchen. Mitgliedsbücher mitbringen.

Plauen

Jugendfeier 1933. Der Tag der Jugendfeier rückt näher. Alle Eltern, deren Kind jetzt bald aus der Schule entlassen wird, müssen dies zur Jugendfeier anmelden. Anmeldungen nehmen nachstehende Funktionäre des „Deutschen Freidenker-Verbandes" entgegen: Konrad Trautmann, Moritzstr. 81; Oskar Mothes, Herderstr. 15; Willy Däumler, Haselbrunnerstr. 73; Richard Leistner, Dürerstraße 22; Oskar Bermann, Hegelstr. 25; Paul Petermann, Meßbacherstr. 32; Otto Fischer, Hainstr. 32; Richard Schieck, Fabricestraße 22; Paul Kummerlöw, Fürstenstr. 26; Otto Ullrich, Heubnerstr. 25; Alfred Heidelberger, Beyerstr. 13; Emil Wick, Weißdornweg 3; Albert Grunert, Mozartstr. 5, und alle Hauskassierer des „Deutschen Freidenker-Verbandes".

Schönheide i. Erzgebirge

Zollmauern um Schönheide. Die am Montag stattgefundene Gemeindeverordnetensitzung hatte sich unter anderem zu befassen mit einer Eingabe der Bäcker-Innung zwecks Einführung einer Steuer für auswärtige Bäcker, die ihr Brot nach hier verkaufen müssen. Diese Steuer soll 2.5 Mark für jeden Tag betragen. Die Eingabe wurde von den Nazis mit Freuden begrüßt, um ihre autarkistischen Bestrebungen, wie sich einer ihrer Redner ausdrückte, gleich am Orte ausprobieren zu können. Auch beantragten sie, die Steuer auf sämtliche Händler und Gewerbetreibende auszudehnen. Die linken Vertreter machten ihnen das Ungesetzliche ihres Handelns klar und wiesen sie auf die Folgen hin, die entstehen, wenn in jedem Ort das gleiche geschieht. Auch erklärten die KPD-Genossen, daß es den Herren nur auf die Hochhaltung ihrer Preise ankommt, denn es kommen Bäcker von auswärts, die ihr Brot bis zu 5 Pfg. billiger verkaufen als hier. Die Rettung des Mittelstandes kann nur in Gemeinschaft mit der Arbeiterschaft geschehen im Kampfe gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Durch das geschlossene Auftreten der Linken etwas außer Fassung gebracht, beschlossen sie, die Sache dem Ausschuß zu überweisen. Noch etwas Erbauliches aus der außerordentlichen Sitzung zwei Tage zuvor, die sich nötig machte wegen dem nationalen Rummel am Sonntag. Die Nazis hatten Anträge gestellt: 1. Freigabe des Schulhofes als Stellplatz. 2. Beflaggung der Schule und des Rathauses. Während der Sitzung brachten sie noch den Dringlichkeitsantrag ein, Hitler zum Ehrenbürger zu ernennen und sein Bild im Sitzungszimmer auszuhängen. Die Genossen der Linken erhoben Einspruch gegen die Dringlichkeit des Antrages und verließen unter Protest die Sitzung. Die Anträge wurden sodann von den Nazis und Bürgerlichen angenommen. In dieser Sitzung kamen so recht die diktatorischen Gelüste dieser Auch-Arbeiter-Vertreter zum Ausdruck in den Worten des Fabrikanten Lenk: „Diese Dinge haben wir erst von links gelernt, nur daß wir sie jetzt anwenden mit 10 Prozent Teuerungszuschlag."

Mylau i. V.

Einheitsfront marschiert! Einer schriftlichen Aufforderung der SAP zufolge hatten sich die Vertreter der SPD und KPD sowie der Gewerkschaften mit uns zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengefunden. Der erste Erfolg dieser gemeinsamen Arbeit war der geschlossene Aufmarsch von 400 Proletariern, Reichsbanner, Kampfbund und unser staatlicher Schutzbund sowie die mitgeführten Transparente durften die Nazis und das übrige Bürgertum nicht im Zweifel über den Sinn dieses Aufmarsches gelassen haben. Bereits festgelegte Veranstaltungen der KPD in Netzschkau (die in letzter Stunde verboten wurde) und der Eisernen Front in Reichenbach, nötigten uns, die Zeit des Abmarsches auf 3 Uhr festzusetzen. Für einen Teil der Arbeiterschaft mag dieser Zeitpunkt etwas früh gewesen sein, vielleicht hat auch der eine oder andere der neugeschmiedeten Einheitsfront noch nicht recht getraut, um so mehr haben wir Grund, uns über die gute Aufnahme zu freuen, die diese gemeinsame Aktion in der Arbeiterschaft gefunden hat. Dem Aufmarsch schloß sich eine Kundgebung an, in der die Genossen Suß (KPD) und Ballhasar (Eiserne Front) sprachen, während unser Genosse Richter die Eröffnung und Leitung übernommen hatte. Bei den Ausführungen des Gen. Ballhasar machte die Polizei verschiedene Male den Versuch, einzuhaken, diese Störung wurde jedoch mit lauten Rufen um Ruhe aus der Versammlung unterbunden. An diesen Auftakt muß und wird sich die weitere Arbeit anschließen, zu deren Vorbereitung ein Aktionsausschuß eingesetzt wurde. Kampfbereit!

Jugendtreffen. Die Kinderfreunde der Umgegend fanden sich am letzten Sonntag in ansehnlicher Stärke im Heime der freien Turnerschaft ein. Unter Leitung von Jugendgenossen und Jugendgenossinnen wurde der Vormittag bei fröhlichem Spiel und Tanze verbracht. Nach einer kurzen Mittagpause fand das Treffen, da die Witterung einen Ausmarsch unmöglich machte, in der Turnhalle seine Fortsetzung. In der Hoffnung, recht bald wieder zusammenzukommen, trennten sich gegen 4 Uhr die Kinderfreunde mit ihren Helfern von Mylau mit einem herzlichen „Freundschaft!"

Fußball. In allen drei Gesellschaftsspielen, die am Sonntag auf dem Städt. Sportplatz zum Austrag gelangten, schnitt Mylau erwartungsgemäß gut ab. Untermarxgrün trat mit drei Mannschaften auf den Plan. Obwohl U. im Spiele der I. Mannschaften anfangs ohne Zweifel tonangebend war, was auch aus dem Stande der Halbzeit (3:2) hervorgeht, fand sich M. daraufhin besser zusammen und brachte es bis kurz vor Schluß auf 6:5, worauf U. in letzter Minute noch einen Treffer erzielte. Resultat: 6:6. M. hat somit in diesem Jahre noch kein Spiel verloren. Durch die bewiesene Spielstärke und die neue Klasseneinteilung spielt die hiesige I. Mannschaft nunmehr in der I. Klasse, so daß man der kommenden Runde mit den spielstärksten Gegnern erwartungsvoll entgegensehen kann. — M. 2 — U. 2 3:2 für Mylau. — M. 3 — U. 3 7:0 gleichfalls für Mylau.

Am kommenden Sonntag weilt Ebersbrunn mit gleichfalls 3 Mannschaften in Mylau. Man wolle den Aushang im Sportkasten beachten.

Freie Turnerschaft Mylau. Am 24. Februar (Freitag) begeht der Turnverein sein diesjähriges Stiftungsfest durch Konzert und Tanz. Anfang 19.30 Uhr. Die Mitgliedschaft sei auch an dieser Stelle zu recht zahlreicher Beteiligung freundlichst eingeladen.

Nazi-Überfall auf SAP-Genossen!

(Eigene Meldung der „SAZ")

Löbau i. Sa.

Unser Gen. Kantwerk stand Montag nachmittag mit zwei Arbeitern in der Promenade in der Nähe der Wettersäule und erklärte diesen den Zweck und die Bedeutung des proletarischen Volksentscheids an Hand der Unterschriften-Sammelliste, als einige Jünger des Dritten Reiches dazutraten, von denen sich einer in provokatorischer Art und Weise die Liste des Genossen K. ansehen wollte. Genosse K., der dies natürlich nicht zuließ, sagte dem Nazioten, daß das nichts für sie wäre, worauf der Hitlerjüngling noch frecher auftrat und einfach die Herausgabe der Liste verlangte. Auf diese Anmaßung antwortete ihm Genosse K., daß er die Liste nicht jedem Handwerksburschen geben könnte. Als er sah, daß sich Genosse K. durchaus nicht einschüchtern ließ und er so nicht zu seinem Ziele kam, wollte er es anscheinend mit Gewalt versuchen und versetzte unserem Genossen K. einen Faustschlag ins Gesicht, worauf sich unser Genosse zunächst immer noch passiv verhielt. Als aber der Naziote erneut auf den Genossen einging und auch die anderen braunen Gesellen sich anschickten einzugreifen, ergriff Genosse K. den Stock des einen neben ihm stehenden Arbeiters, welcher ein Invalide ist, und verabreichte damit dem Nazioten einen gehörigen Denkzettel. Genosse K. ging dann zur Polizeiwache, gab den Vorfall zu Protokoll und stellte gleichzeitig Strafantrag. Von da ging er zum Arzt und wollte sich dort ein Attest über seine Verletzung geben lassen. Auf dem Wege dorthin wurde er von 15 bis 20 Nazioten verfolgt, die sich an ihm rächen wollten, was aber durch die Aufmerksamkeit unseres Genossen Dorn verhindert werden konnte, der, als er bemerkte, daß K. verfolgt wurde, sofort der Polizei Meldung machte. Inzwischen hatte sich auch eine große Menge Proleten angesammelt, die in verständlicher Erregung über den Vorfall waren, und es hätte so leicht zu ernsteren Zusammenstößen kommen können, wenn die Nazis noch weiter provoziert hätten.

Versammlungskalender

SAP

SAP Planitz. Sonntag, den 26. Februar, 19.30 Uhr, im Volkshaus Mitgliederversammlung. Gen. Zweiling spricht. Erscheinen ist unbedingte Pflicht.

SAP Dresden-Altstadt. Mittwoch, am 1. 3., 20 Uhr, Mitgliederversammlung. „Die Prinzipienerklärung der SAP." Referent: Gen. Liebermann. — Gäste aus anderen Abteilungen und des SJV willkommen.

Zwickau

Besuchen Sie das Kino-Varieté für Jedermann

Deutsches Theater

Montag und Donnerstag Programmwechsel!

Volkspreise: 35, 50, 70 Pfg.

Frankenhausen

„PARADIES" Frankenhausen

Jeden Sonntag ab 4 Uhr der große **Ballbetrieb** (Kapelle Maier)

ff. Speisen und Getränke

Es laden freundlich ein **Erich Schreiter u. Frau**

Pirna

Bäckerei und Konditorei

Karl Gollmar **Steinplatz 14**

Möbel handwerksmäßig gediegene Arbeit. **Langestraße 15. Matthes.**

Werbt Abonnenten!

Heidenau

Heidenauer Hof, Inh. Ernst Taubert

Spezial-Ausschank — Bayr. Bier — Zeininger Kronenbräu

Vereinszimmer — Schattiger Garten

Jeden Sonnabend: Schlachtfest.

Verkauf ff. Wurstwaren auch über die Straße.

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Geschäftsstelle: Gartenstr. 21. Tel. 20602 u. 56768

und kaufen nur bei unseren **„Inserenten"**

Hiermit bestelle ich ab ..... die

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Reichsausgabe

zum Preise von 2.10 RM. monatlich zuzüglich 36 Pfg. Zustellgebühren

Name: .....

Stand: .....

Wohnung: .....

Beitritts-Erklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur

Sozialistischen Arbeiter-Partei

Name: .....

Stand: ..... Geb.: .....

Ort, Wohnung .....

Mitglied der ..... Gewerkschaft

Eingetreten: ..... Leser der .....

Bitte recht deutlich schreiben!

Dieser Bestell- oder Aufnahmeschein ist bei der Expedition der SAZ oder im Parteisekretariat, Breslau 5, Gartenstraße 21 oder bei den Funktionären der SAP oder der SJV abzugeben.

Zwickau. Ab heute Freitag, 24. Februar **Deutsches Theater-Restaurant** Sonnabend Sonntag Montag **großes Bockbierfest.** Ausschank des wohlbekömml. Aktien-Bock. Stimmung, Humor, Ueberraschung. — Kappen und Rettich gratis.

Voranzeige! Dienstag, den 28. Februar **große Fastnachtsfeier** „Im Reiche der tausend Herzen". Ergebenst laden ein Franz Auer u. Frau

Die Angst vor der Fahne

Eine lettische Erzählung von Linard Laizen

Der Eisenbahn entlang, am Fuße eines Berges, liegt eine kleine Stadt.

Aus der Stadt ragen zwei Spitzen empor — die kleinere ein Kirchturm, die größere ein Fabrikschornstein.

Im Stadtleben ragen auch zwei Spitzen empor — die kleinere ein linker Bürgermeister, die größere ein rechter Hotelbesitzer.

Krieg und Revolution gehören der Vergangenheit an; jetzt nützt man die Früchte des Krieges und der Revolution: heiratet, ißt, döst an der Seite der Gattin im Restaurant, in der Kneipe. Alle patriotischen Bürger ohne Ausnahme zeichnen sich durch solche heroische Lebensweise aus.

Weit über Felder, bis zum Meer und bis nach Riga geht der Ruhm dieser Stadt und ihrer Sitten

Der Hotelbesitzer besuchte den Bürgermeister, der Bürgermeister besuchte den Hotelbesitzer Die Vorsitzende der Frauenliga besuchte die Apothekerin, die Apothekerin besuchte die Vorsitzende. Der Schlächter besuchte den Bäcker, der Bäcker besuchte den Schlächter.

Es war wirklich gut. Die Arbeiter durften nicht über den Achtstundentag sprechen, denn der politische Agent besuchte den Kriminalpolizisten und der Kriminalpolizist besuchte den politischen Agenten. Es ging wirklich famos so.

Es wäre noch besser gegangen, wenn die Angst nicht wäre — Angst vor der Revolution.

Wieso Angst vor der Revolution? Es war eine Revolution gewesen, die allen gefallen hatte. — Warum sollte man Angst haben?

Hier ist ein wichtiger Umstand — unüberwindlicher Widerspruch — es lebten diejenigen sehr gut, die die Errungenschaften der Revolution bei den wahren Eroberern gestohlen haben. Sie wußten, was sie taten.

So war es in diesem Städtchen am Fuße des Berges, so war es in allen anderen Städten.

Der Fabrikschornstein rauchte schon ein halbes Jahr nicht mehr. Es gab Erwerbslose. Auch der Kirchturm war still.

Die Ruhe in der Stadt war so groß, daß, wenn der Wagen des grauen Barons im Dorfe über den Marktplatz fuhr, sich alle Fenster öffneten und die Bürger und ihre Töchter die Köpfe hinaussteckten, um zu schauen: wer macht denn da Lärm?

Eines Morgens herrschte eine tödliche Ruhe Niemand machte Lärm. Man konnte nicht einmal Schritte über den Marktplatz hören.

Die Vorsitzende der Frauenliga hatte vorzeitig entbunden. Die Apothekerin suchte mit zitternden Händen auf den Regalen Cyankali, um Selbstmord zu verüben. Bei dem Schlächter fiel das große Messer klirrend auf den Holzklotz. Der Bäcker öffnete den Mund und in dieser Zeit verbrannte im Ofen das Morgengebäck. Der Bürgermeister und der Hotelbesitzer waren verschwunden.

Warum herrschte solche Ruhe?

Oben auf dem Fabrikschornstein wehte eine rote Fahne!

Die rote Fahne wehte oben auf dem Fabrikschornstein!

Hoch über dem Städtchen wehte die Rote!

Das war keine sozialdemokratische Parteifahne, sondern eine richtige rote Fahne!

Das war ja das Schrecklichste, daß es keine sozialdemokratische Fahne war.

Wer hätte denn Angst vor der eigenen?

Seit dem frühen Morgen wehte der Wind und die rote Fahne wehte dem Morgenrot entgegen.

Als Erster beeilte sich der politische Agent. Er schaute nach allen Seiten: es war niemand da, nur die Fahne. Nur die Fahne! In bezug auf die Fahnen hatte der seine Erfahrung: sie tun nichts, man kann sie in die Hand nehmen.

Er gab Signale: herunternehmen, solange noch die Mehrheit der Bürger schläft!

Der Polizeiobmann befahl: „Hinaufklettern, hinaufklettern!"

Ein ehemaliger zaristischer Gendarm mit grauen Haaren lief zunächst zum Schornstein. Aber es wurde nichts; sein alter, pensionsberechtigter Kopf wurde schwindlig, wenn er die Augen nach oben hob.

Dann versuchte es ein junger Polizist. Er kletterte und dachte: zu Hause eine junge Frau — ist möglich, daß bei der Fahne eine Teufelsmaschine angebracht ist; dann bleibt die junge Frau ohne Kinder. Er machte, als ob er ganz unschuldig wäre und sagte: „Ich kann nicht."

Der Politische fragte bei dem Nachtwächter nach: Wieso nicht gesehen? Warum nicht gesehen? Wie wagtest du nicht zu sehen? Man verfaßte das Protokoll Oben auf dem Schornstein beim vollen Mondschein, wie konnte man da einen kletternden Menschen nicht sehen? Unmöglich.

Es begann sich das Volk zu sammeln. Arbeiter, die zur Arbeit gingen. Sie lächelten.

Die Polizei wurde nervös: eine schändliche Sache — sie gucken, schauen warum man die Fahne nicht herunternehmen kann. Aber ohne die Fahne herunterzunehmen, kann man nicht leben

Sie kletterten, faßten an, aber die Fahne wehte. Wehte und knatterte wie Schüsse.

Die Leute fühlten sich schlecht und schlotterten vor Angst.

Es kamen mehr und mehr Leute. Selbst die Aengstlichen kamen näher. Es begann das Gerede

„Zusammen mit dem Schornstein zerstören."

„Schießen."

„Sind die Bolschewiki schon in der Stadt?"

„Bolschewiki, Bolschewiki."

„Soldaten rufen!"

„Die Feuerwehr!"

Die Polizei schlug vor, die Feuerwehr zu rufen. Und gab die Signale.

Sie kamen in Helmen, mit Glöckchen klingend. Bildeten eine Karree — alles sehr nett

Aber die Leiter reichte nicht. Nur für ein Drittel.

Ein kühner Feuerwehrmann kletterte mit eisernen Ringen Kletterte mühsam und lange.

„Mut, Mut!" munterte der Brandmajor auf

„Einen halben Liter und Abendbrot", ertönten die Rufe

„Eine Flasche Wein", rief der zwischen den Frauen stehende Hotelbesitzer.

Der Feuerwehrmann strengte sich an. Nahm die Stiefel ab und hielt sich fest.

Die Versprechungen stiegen. Sogar Geld wurde erwähnt Diensterhöhung. Orden.

Endlich erreichte er das Ziel. Tastete aufmerksam und sah nach der Höllenmaschine. Dann zerriß er den Strick, mit dem die Fahnenstange an dem Schornstein befestigt war, und mit der Stange in den Zähnen stieg er hinab.

Hotelbesitzer und Schlächter atmeten erleichtert auf. Drückten einander die Hände.

„Ich sagte schon, wer kann solchen Petzen nicht herunterholen."

Er schwitzte und die schmalen Augen blitzten; mit Vergnügen drehte er den Schnurrbart.

Als der Feuerwehrmann herunterkletterte, sagte der Schlächter feierlich:

„Held, Held! Latschplesis*)."

*) Latschplesis — sagenhafter Nationalheld, dessen Kult die lettische Bourgeoisie betreibt.

Die Polizei untersuchte die Fahne. Zeigte sie allen Zuschauern. Dann schrieb sie ins Protokoll, wie lang und wie breit die Fahne ist und welche Farbe sie hat. Fügte sie dann den Akten bei Die ganze Sache schickte sie an die höhere Instanz nach Riga mit einem Extrakurier und Rapport.

Aber das Volk wollte nicht auseinandergehen. Es stand auf der Straße und schaute auf die Spitze des Schornsteins. Vielleicht kommt eine andere Fahne. Das war ja möglich. Wenn es unmöglich war zu sehen, wie die erste Fahne nach oben kam, warum sollte nicht plötzlich eine andere Fahne an ihrer Stelle flattern?

Es war nicht so schrecklich, auf die Fahne zu sehen, auf sie zu warten war viel schrecklicher.

Abends, als die Sonne unterging, wuchs die Angst. Wie wird die Nacht vergehen?!

Der Hotelbesitzer hörte aus einem Zimmer klingeln und bebte. Er konnte es nicht aushalten. Schnell rief er telephonisch an.

„Verstärkt die Polizei!"

„Keine Reserven da."

„Schicken Sie Militär, die Stadt zu überwachen."

„Keine Reserven da."

Und wenn morgen die Fahne wieder kommt? Am anderen Morgen versammelte sich eine Menge, um den Schornstein zu sehen, ob die Fahne wieder da ist Der Schlächter behauptete, daß er mit eigenen Augen am anderen Teil des Schornsteins die rote Fahne gesehen hatte. Die Apothekerin blieb den ganzen Tag am Fenster, um den Fabrikschornstein im Auge zu behalten. Der Pfarrer, mit dem Kreuz in der Hand, beruhigte und munterte auf.

Die Fahne, die rote, blieb und blieb in der Stadt.

Es wurde ein Verband der Abreißer der roten Fahne organisiert. Man segnete seine Fahne, schlug in die Stange 25 goldene Nägel ein und trug sie mit Musik durch die Stadt, an der Spitze der Pfarrer

Hilft nichts

Schließlich zerstörte man den Schornstein.

Hilft nichts

Die Angst ging nicht vorbei.

Sie wird nicht vorbeigehen.

Die Angst haben, wissen warum

(Aus d. Lettischen übertragen von V Olberg.)

Regenbogenholz

CNB. Auf einer Chikagoer Möbelmesse wurde zum erstenmal sogenanntes Regenbogenholz gezeigt, dessen Maserung in den Farben des Regenbogens schillert. Dieser sensationelle Effekt soll durch Injektion farbiger Tinten in noch wachsende Bäume erzielt werden. Es heißt, daß man zwei Jahre dazu braucht, bis der betreffende Stamm von der Flüssigkeit vollkommen durchtränkt ist Das Verfahren ist natürlich strengstes Geheimnis und soll das Ergebnis zehnjähriger, mühseliger Forschung sein.

Aprl.odite ohne Zwickel

Werro ist ein kleines Städtchen, das etwa denselben Ruf genießt wie früher Schilda in Deutschland. Es liegt an einem See, und dieser See hat eine gewisse komische Berühmtheit im Laufe der Zeiten erlangt. Die Werrowitzer sollen nämlich vor Jahren einmal den Versuch gemacht haben, durch Versenken leerer Konservenbüchsen in den See eine Sardinenzucht ins Leben zu rufen. Doch heute empfiehlt es sich nicht, das Gespräch auf diese ölgetränkten Leckerbissen zu bringen. Vor Olims Zeiten lebte auch im Städtchen eine allgemein als fortschrittlich bekannte junge Dame namens Malchen Mahlmann, die die Keckheit besaß, im Kostüm der schaumgeborenen Aphrodite im See zu plätschern. Einige brave Bürger hatten nun aus der Ferne bemerkt, daß mit dem See etwas nicht stimme. Sie bewaffneten sich mit ihren Jagdflinten und pirschten sich an das seltene Wild. Malchen sah das Unheil nahen und rief in Todesangst: „Nicht schießen, ich bin ja nur Malchen Mahlmann." „Das kann jeder sagen", tönte es zurück, und schon krachte eine Salve über das Wasser, ohne jedoch der Badenixe Schaden zu tun.

Zwei wertvolle Zeitschriften

Schon wiederholt haben wir in der „SAZ" auf die Zeitschrift „Roter Pionier" hingewiesen die vom Sozialistischen Jugendverband, Bezirk Ostsachsen, herausgegeben wird. Heute besteht Anlaß, diese Empfehlung in besonderem Maße zu unterstreichen. Der „Rote Pionier" hat unter dem Thema: „Die Rolle der Partei" ein Sonderheft herausgebracht, in dem eine ganze Reihe höchst wertvoller Artikel zu den Problemen veröffentlicht werden, die in der letzten Zeit in der SAP diskutiert werden. Auf einer klaren marxistischen Linie nehmen die Mitarbeiter Stellung zur Rolle der Partei im Klassenkampf, zur künftigen Entwicklung der SAP, zum Problem „Meinungsfreiheit und innerparteiliche Demokratie in der revolutionären Partei" usw Verschiedene andere Aufsätze beschäftigen sich mit dem blutigen Terror gegen die Arbeiterschaft, mit dem Thema: „Arbeitsdienstpflicht — Militärdienstpflicht" und mit dem Jugendnotwerk.

Das wertvolle Heft kostet bei einem Umfang von 26 Seiten nur 10 Pfg. Allen Genossen, die an grundsätzlichen Diskussionen und an der Arbeit des Sozialistischen Jugendverbandes interessiert sind, ist dringend zu empfehlen, den „Roten Pionier" nicht nur einmal zu kaufen, sondern zum Vierteljahrspreis von 25 Pfg. zu abonnieren. Bestellungen können beim Literaturvertrieb der „SAZ" oder beim Verlag des „Roten Pionier", Dresden A 1, Jakobgasse 7, erfolgen.

Auch auf die Zeitschrift „Die linke Front", die vom Sozialistischen Studentenverband herausgegeben wird, muß immer wieder empfehlend hingewiesen werden. Der besondere Wert dieser Zeitschrift liegt darin, daß führende Marxisten verschiedener Parteirichtung regelmäßig dort zu Worte kommen. Das 3. Heft des laufenden Jahrganges bringt so u. a. wertvolle Aufsätze von Paul Fröhlich, Heinrich Brandler und Karl Korsch, ferner eine Materialreiche Arbeit zur Weltagrarkrise, einen bisher unveröffentlichten Brief von Engels an Bebel, einen Aufsatz über marxistischen Film und eine sehr umfassende, gründlich bearbeitete Zeitschriftenschau.

Die Einzelhefte der monatlich erscheinenden Zeitschrift kosten 20 Pfg., das Halbjahresabonnement einschließlich Zustellung 1,50 RM. „Die linke Front" kann ebenfalls beim Buchvertrieb der „SAZ" oder durch den Verlag Berlin-Schöneberg, Ebersstraße 57 bezogen werden.

Im Lande des Schreckens

Von MARIA LEITNER

Aus „Eine Frau reist durch die Welt"

Copyright by Agis-Verlag Berlin-Wien 1932. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Uebersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten

5)

„Hier will ich mal wegen meiner Schmetterlinge vorsprechen", sagt Nummer Zwei. Wir folgen ihm und betreten das merkwürdigste Kuriositätengeschäft.

Der Besitzer, auch ein „Libéré", verhandelt gerade mit einem Buschneger, der einen noch blutigen Jaguar hereingeschleppt hat.

„Ich kann nicht viel mit seinem Fell anfangen es macht mir nur den Boden schmierig." Dann wendet er sich an Nummer Zwei. „Und du kommst wieder mit deinen Schmetterlingen, ihr glaubt, ich kann alles Getier aufkaufen."

Dann aber verzieht sich sein Gesicht liebenswürdig, er wittert in uns Käufer.

Die Wände des Geschäftes sind mit Schlangen und Eidechsen, Häuten, mit Tiger- und Jaguarfellen besät, präparierte Krokodile, riesige Schildkröten und unzählige in allen Farben schillernde ausgestopfte Vögel bevölkern alle Winkel des Raumes.

„Das ist der Feuerkopf, ein ganz seltener Vogel. Sieht es nicht aus, als hätte sein Kopf wirklich Feuer gefangen?" sagt der Besitzer, der uns seine Schätze vorführt.

„Was kostet dieser?" fragt Mr. Burr, der einen azurblau und golden schimmernden Schmetterling entdeckt hat.

„Eintausendfünfhundert Francs", sagt der Besitzer ganz gelassen.

„Und mir gibst du zwei, drei Francs für den Schmetterling und tust noch so, als ob du ein großer Wohltäter wärst, und ich bin dabei so dumm und bringe sie dir her, statt sie selbst auf der Straße zu verkaufen."

„Du verstehst doch nichts von Schmetterlingen, Dummkopf. Das hier ist eine große Rarität, in Jahren bekomme ich nur einige Exemplare in die Hände, das ist ein Hermaphrodit Hier, sehen Sie, mein Herr, daß ich Sie nicht übervorteilen will. Eine Firma in Bordeaux bietet mir zweitausendfünfhundert Francs."

„Und wieviel hast du dafür dem Idioten gegeben, der ihn dir gebracht hat?"

„Wieviel? Hundert Francs, dabei weiß ich noch gar nicht ob ich den Schmetterling überhaupt verkaufen kann. Es ist ein zu großes Risiko, ihn nach Frankreich zu schicken. Kommt das Tier beschädigt an, habe ich nichts. Ich war zu anständig und habe mir damit nur geschadet. Kaum hatte der Sträfling die hundert Francs, rückte er aus. Er kam nicht weit, man fand ihn tot in der Nähe des Ufers an der Hollandgrenze. Aber Sie könnten ein gutes Geschäft machen, wenn sie ihn kaufen. Ich gehe gern mit dem Preis soweit herunter, wie ich kann."

Ich weiß nicht, ob Mr. Burr sich später entschlossen hat, den Hermaphrodit zu erstehen

Die Polizei in Saint-Laurent riecht staubig, von allen Seiten starren ungeheure Stapel von Akten, und die Welt der Uniformierten ist von denen der Bittsteller durch eine Holzbarriere getrennt.

Vor ihr steht ein Buschnegerehepaar, das eine Auskunft erbittet. Die beiden haben sich der Würde des Ortes entsprechend in Kleider gehüllt. Die Frau trägt eine Männerunterhose, die sie festhält, damit sie nicht herunterrutscht, der Mann außer dem farbigen Umhang noch einen schwarzen steifen Hut, aus dem ähnlich geflochtene Zöpfchen wie bei seiner Frau unter dem Hut hervorschauen. Beide Gesichter sind kunstvoll tätowiert.

„Warten Sie, bis Sie an die Reihe kommen", sagt ihnen der Beamte des Polizeipräsidiums aus Saint-Laurent-du-Maroni. Genau so wie auch bei uns das vorlaute Publikum in seine Schranken verwiesen wird.

Mr. Burr trägt sein Anliegen vor. „Jean Jacques Duval, Matricule 45 672, wo befindet sich der Mann?"

Der Beamte sucht große Bücher hervor, beginnt zu blättern, und ich kann in das merkwürdigste, fürchterlichste Meldebuch der Welt einige Blicke tun.

Matricule 39 657, George Cavallet, geboren 1898, eingeliefert 1923, Delikt: Desertion, Aufenthalt: Saint-Laurent, gestorben 1930.

Zehntausende von Menschenschicksalen, nur aus der Bahn geworfener unglücklicher Menschen, dicht hintereinander, jedes Leben eine Zeile. Von der Geburt bis zum Tode. Das Wort „gestorben" wiederholt sich immer wieder, auch bei den jungen Jahrgängen. Mord, Diebstahl, schwere Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, aber auch sehr viele militärische Vergehen stehen da als Delikte. Die Namen: arabische neben französischen, auffallend viele aus den Kolonien, singhalesische Namen. Die Kolonien liefern reichlich Menschenmaterial nach Guyana. Aber auch zahlreiche deutsche, einige englische und schwedische Namen sind zu entdecken. Die Ausländer sind meist ehemalige Fremdenlegionäre. Bei manchem Namen steht am Ende „geflohen", diesem Wort folgen aber oft noch viele andere, so „wieder gefangen" oder „ausgeliefert" von der holländischen, der englischen Regierung, dann folgt der Name des neuen Gefängnisses. Es ist meist ein von den Gefangenen gefürchteter, gehaßter Name; Saint-Joseph, das Disziplinargefängnis auf der Insel, von dessen Strafmethoden schaurige Berichte umgehen.

Ich möchte Notizen machen, aber der Beamte nimmt mir das Buch aus der Hand.

„Ich finde den Namen schon schneller. Hier ist er ja, Jean Jacques Duval, Matricule 45 672, geflohen."

„Aber das ist unmöglich", sagt Mr. Burr.

„Bitte, ich glaube, wir müssen es besser wissen, geflohen am 22. Juni 1930. Sie können mir schon glauben. Das ist keine Seltenheit hier, daß sie fliehen. Sicher kam er irgendwie zu etwas Geld."

„Das haben Sie ganz richtig erraten, geflohen mit Hilfe meines Geldes." Mr. Burr kann sich kaum fassen. „Mir schrieb er, als gehörte ihm alles Gold Guayanas, Konzessionen wollte er mir verkaufen. Ein tüchtiger Mensch scheint er jedenfalls zu sein."

„Wahrscheinlich hat ihn schon seine Strafe ereilt. Die meisten verkünden sich selbst das Todesurteil, wenn sie versuchen, über den Maroni zu kommen. Aber wenn Sie sich für Gold interessieren, wenden Sie sich doch an den Photographen Armand, der hat eine Konzession und eine Mine."

„Hat er vielleicht auch eine Nummer?"

„Das wohl, das ist hier nicht so leicht zu vermeiden, er ist ein ‚Libéré', ein zuverlässiger Mann."

„Vielleicht kennt er auch meinen Freund Duval."

„Das ist nicht unmöglich. Wenn der Photograph nicht in seinem Atelier ist, finden Sie ihn sicher im chinesischen Dorf."

Das alles klingt verlockend, chinesisches Dorf, Goldmine, Atelier. Suchen wir den Photographen.

Der Fluß Maroni. Er ist von allen Teilen Saint-Laurents sichtbar. Das andere Ufer scheint ganz nahe, man sieht deutlich die Häuser des holländischen Ortes Albina. Es sieht aus, als könnte man mit Leichtigkeit hinüberschwimmen, aber der Fluß ist voll gefährlicher Strudel. Am Ufer liegen viele kleine Boote. Ist es nicht möglich, sich ihrer zu bemächtigen? Nachts, wenn die Dunkelheit vollkommen ist? Kann man dann nicht einfach hinüberrudern an die Grenze? Auch das haben schon Unzählige versucht. Aber die meisten sind wie die verzweifelten Schwimmer untergegangen. Wer den Maroni nicht sehr genau kennt, wird von ihm erbarmungslos verschlungen.

Aber auch, wenn einer das andere Ufer erreicht, bedeutet das noch keine Rettung. Greift ihn die holländische Buschpolizei auf, denn die Polizei fehlt auch im Urwald nicht, wird er wieder der französischen Regierung ausgeliefert. Findet ihn aber die Polizei nicht, irrt er tagelang ohne Nahrung im Urwald umher, auch dann kommt er um. Die Tiere des Urwaldes, die Tiger, die Jaguare, die Schlangen, sie bedeuten keine so große Gefahr, es ist selten, daß sie die Angreifenden sind. Aber die Moskitos. Ein Weißer im Urwald ohne Moskitoschutz wird bestimmt hohes Fieber bekommen.

(Fortsetzung folgt.)

Einheitsbestrebungen an der gewerkschaftlichen Front

J. W. In den letzten Wochen hat der Wille zur Aufrichtung der proletarischen Einheitsfront eine sichtbare Stärkung erfahren. Wie sehr dies auch im revolutionären Lager der Fall ist, geht aus der Tatsache hervor, daß die Reichsleitung der RGO sich offiziell an den ADGB gewandt und ihm einen antifaschistischen Kampfvorschlag unterbreitet hat. Nach einer Darstellung der politischen Lage und der Mitteilung, daß die RGO ihre Anhänger angewiesen hat, sich in den Betrieben, in allen Verbänden, auf den Stempelstellen für die Herstellung der kämpfenden Einheitsfront nach besten Kräften einzusetzen, heißt es in dem Schreiben der RGO:

„Um die bereits erfolgreichen Einheitsfrontkämpfe auf eine höhere Stufe zu heben und ihnen eine breitere Basis im Kampf gegen die faschistische Diktatur zu geben, wenden wir uns an euch mit dem Vorschlag, in einer gemeinsamen Aussprache gemeinsame Kampfmaßnahmen festzulegen. Als ersten Schritt zur Verständigung schlagen wir vor:

Organisierung einer Protestbewegung in allen Betrieben gegen die faschistische Reaktion. (Hierfür sind in dem Schreiben konkrete Maßnahmen vorgeschlagen.)

Gemeinsame Aufforderung an alle Mitglieder und Anhänger zur sofortigen Bildung von Massenselbstschutzformationen zum Schutze des Arbeiterlebens, der Arbeiterlokale und des Arbeitereigentums.

Schaffung von Einheitsausschüssen in allen Betrieben und an allen Stempelstellen zur Organisierung der Kämpfe gegen den faschistischen Terror, gegen Unterdrükkung, gegen Lohnabbau, Durchbrechung des Tarifvertrages, gegen Entlassungen, gegen Angriffe auf die Erwerbslosenversicherung, die Krankenkassen und sonstige soziale Einrichtungen.

Wir halten es für erforderlich, daß gleichzeitig in gemeinsamer Aussprache die Organisierung des einheitsfrontmäßigen Kampfes zur Verteidigung aller Arbeiterorganisationen, die durch den Faschismus bedroht werden, festgelegt wird.

Alles, was sich in den letzten Wochen in Deutschland ereignet hat, hat die Arbeitermassen belehrt, daß der Faschismus nicht durch den Parlamentarismus geschlagen werden kann — hat aber auch gleichzeitig gezeigt, daß jede Spekulation auf die „Abwirtschaftung" des faschistischen Regimes falsch ist. Eine Aufrechterhaltung dieser falschen Spekulation würde die unerhörten Blutopfer und die brutalste Unterdrückung noch steigern. Wir schlagen euch darum trotz Bestehens grundsätzlicher Differenzen eine gemeinsame Beratung der von uns gemachten Vorschläge vor und ersuchen euch, uns umgehend Antwort zu erteilen."

Die von der RGO dem ADGB unterbreiteten sachlichen Vorschläge entsprechen im wesentlichen den Bedürfnissen der Situation. Besonders angebracht ist der Hinweis auf die Gefährlichkeit der weit verbreiteten Illusion, man müsse und könne die Faschisten abwirtschaften lassen. Die gleiche Illusion wurde seinerzeit auch in Italien von reformistischer wie ultralinker Seite verbreitet. Sie sind der italienischen Arbeiterschaft zum Verhängnis geworden. Als in Italien Mussolini der Machtergreifung nahe war, äußerte sich der damalige ultralinke Führer der italienischen Kommunisten, Bordiga, in einem Gespräch mit dem linken deutschen Schriftsteller Leo Lania wie folgt:

„Die Klassengegensätze verschärfen sich von Tag zu Tag. Die Massen erkennen immer klarer die Nutzlosigkeit des Parlamentarismus. Die Demokratie ist bankrott. Die Gewalttaten der Faschisten lehren die Arbeiter, daß sie der Gewalt nur mit Gewalt begegnen und sich bewaffnen müssen. Die Massen, des Zauderns und Lavierens müde, kehren den sozialistischen Organisationen und Gewerkschaften den Rücken. Wir stehen vor der Revolution. Mussolini? Ein Narr und ein Feigling. Die Massen, die er mit demagogischen Losungen zu ködern sucht, werden bald erkennen, daß dieser ‚Revolutionär' nur ein Lakai der Industrie und der Banken ist, und ihm davonlaufen. (!!) Kann, wird Mussolini je seine Forderungen ernstlich zu verwirklichen suchen? Na also! Dann ist auch der Augenblick gekommen, wo ihn die Massen als plumpen Schwindler entlarven und mit dem Faschismus aufräumen werden. An unserem Siege ist nicht zu zweifeln." (!!)

Wenige Wochen später begann die etwa zwei Jahre dauernde Periode der Vernichtung der italienischen Arbeiterbewegung durch den Faschismus.

Trotz dieser geschichtlichen Tatsachen und Lehren gibt es heutzutage in der deutschen Arbeiterbewegung außerordentlich viele, die von den gleichen Illusionen wie seinerzeit der italienische Kommunist Bordiga erfüllt sind. Man braucht nur einen Blick in die Gewerkschaftspresse zu werfen. Die reformistischen Führer klammern sich geradezu verzweifelt an die Illusion, daß Hitler bald abwirtschaften wird. Für sie ist es ausgemacht, daß „gestrige Herren nicht lange regieren". Ihrer Meinung nach ist es ganz ausgeschlossen, daß es in Deutschland so kommt wie in Italien:

„Doch Deutschland ist nicht Italien und Hitler ist nicht Mussolini und die deutsche Arbeiterschaft ist nicht die gleiche wie in Italien. Auch sind die Gegensätze in der sogenannten nationalen Front so groß, daß nicht einmal eine Regierungserklärung zustande gekommen ist, die Anspruch auf einen solchen Namen hat."

Auf diese dürftige Weise hat sich und seine Zuhörer Alwin Brandes auf der Sitzung des erweiterten Beirats des DMV vom 3. Februar über die Gegenwart hinwegzutrösten versucht. Auf die Gefährlichkeit solcher Illusionen, die nur zur Bemäntelung einer nicht minder gefährlichen Passivität dienen, kann nicht oft und nicht eindringlich genug hingewiesen werden.

Die Situation erfordert, daß sich die Arbeiterschaft über ihre Lage, über die Bedingungen und Aussichten ihres Kampfes klar Rechenschaft gibt und daß daraus entschlossen alle Folgerungen gezogen werden.

Der reformistische Weg, auf den in den Jahren 1918/19 nicht zuletzt die Führung des ADGB das Glück der deutschen Arbeiterschaft gedrängt hat, führt nicht auf die Höhen des Sozialismus, sondern in die Niederungen des kapitalistischen Zerfalls und zur reaktionären faschistischen Herrschaft. Die Koalitions- und Tolerierungspolitik, das Verlassen der Klassenbasis hat sich bitter gerächt. Jeder reformistische Arbeiter, jedes Gewerkschaftsmitglied muß daraus die Lehre ziehen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann. Nicht in Koalition mit Teilen der Bourgeoisie, sondern nur im Bunde mit seinen Klassengenossen kann der sozialdemokratische freigewerkschaftliche Arbeiter seine Feinde, die auch die Feinde seiner Klassengenossen sind, abzuwehren und die Bahn für den Sozialismus freimachen.

Der kommunistische Arbeiter muß vor allem erkennen, wie falsch und verhängnisvoll sich die Phrase vom Sozialfaschismus ausgewirkt hat. Er muß begreifen, daß die Gewerkschaftspolitik der KPD falsch war, daß es unmöglich ist, ohne und gegen die Gewerkschaften dem Klassengegner siegreiche Schlachten zu schlagen. Er muß begreifen, daß auf dieser irrtümlichen Vorstellung die ganze RGO-Politik aufgebaut ist. Man hat uns von seiten der KPD erklärt, weil es unmöglich geworden sei, mit und durch die Gewerkschaften zu kämpfen, deshalb sei die Bildung der RGO notwendig geworden. Alle Versuche, die Massen der Gewerkschaftsmitglieder zu mobilisieren und dadurch die Gewerkschaftsführung unter Druck zu setzen, seien verfehlt und wurden daher auch von seiten der KPD schroff abgelehnt.

Es ist nun gewiß ein großer Fortschritt und eine Preisgabe bisheriger falscher Grundauffassungen, wenn sich die RGO nunmehr offiziell an den ADGB wendet. So erfreulich das ist, der Schritt der RGO genügt noch nicht.

Solche Angebote führen unter den gegebenen Umständen nicht, wenigstens nicht in der gebotenen Schnelligkeit, zu praktischen Resultaten. Die Führer des ADGB reagieren darauf nicht. Was aber das schlimmste ist, derartige Angebote üben auch auf die Massen keine genügend starke Wirkung aus. Um diese zu erreichen, ist mehr vonnöten. Die Situation erfordert deutlichere und klarere Zeichen einer veränderten Einstellung.

Die RGO und die ihr angeschlossenen Roten Verbände müssen sich bereit erklären, ihre Sonderexistenz aufzugeben und unter gewissen Voraussetzungen sich den freien Gewerkschaften anzuschließen, um dort im Rahmen der Statuten und Beschlüsse im revolutionären Sinne zu wirken.

Noch jetzt muß alles versucht werden, um die RGO-Listen bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen mit den freigewerkschaftlichen Listen zu einheitlichen Kampflisten zu vereinigen.

Ein solcher Schritt entspricht der Lage. Er wird auf die Massen der Gewerkschaftsmitglieder den stärksten Eindruck machen. Er bietet die Gewähr, daß unter einen unwiderstehlichen Druck von unten die Einheitsfront auch von oben herab bejaht und unterstützt werden muß.

In diesen Tagen muß sich jeder Arbeiter bewußt bleiben, daß trotz allem die Kraft der Arbeiterklasse noch nicht gebrochen ist, daß es auf dem vorbezeichneten Weg möglich ist, die kämpfende Einheitsfront allen Widerständen und Saboteuren zum Trotz herzustellen. Größte Aktivität und Bereitschaft, alle Hindernisse entschlossen aus dem Weg zu räumen, werden die Arbeiterschaft trotz allem zum Ziele führen.

Worte nichts als Worte

Zur Stillegung der „Sachsen"

e. h. Der Abwehrausschuß zur Verhinderung der Stillegung der Zeche „Sachsen" hat vor wenigen Tagen eine viergliedrige Kommission zur Regierung gesandt, die den Auftrag hatte, die Reichsregierung zu interpellieren, ihrerseits den Stillegungsantrag des Hanielkonzerns abzulehnen. Die Kommission berichtet jetzt in einer Belegschaftsversammlung über das Ergebnis der Verhandlungen. Für den weiteren Gang der Stillegungsbewegung, die vom Hanielkonzern ja schon seit Monaten betrieben wird, ist es nicht uninteressant, daß alle anwesenden Minister den Belegschaftsvertretern auf Treu und Glauben versprachen, daß die Schachtanlage nicht stillgelegt werde. Da wir jedoch nach allen bisherigen Erfahrungen wissen, daß der Zechenverband hier ein entscheidendes Wort mitzureden hat und daß Worte und Taten vor und nach den Wahlen immer anders aussehen, halten wir es für richtig, aus dem Bericht einer dortmunder nationalsozialistischen Zeitung über den Verlauf der Belegschaftsversammlung folgendes wiederzugeben:

„Im Beisein des Reichsinnenministers Dr. Frick fand die eigentliche Beratung im preußischen Innenministerium statt. Die Vertreter der Reichs- und preußischen Staatsregierung waren ausnahmslos der Ansicht, daß mit allen Mitteln versucht werden müsse, die Stillegung zu verhindern. Innenminister Dr. Frick sagte wörtlich:

„. . . die Stillegung muß verhindert werden! Wir werden sie zu verhüten wissen!"

Nach den Besprechungen im Innenministerium hat noch eine Zusammenkunft der „Sachsen"-Vertreter mit Vizekanzler von Papen und Arbeitsminister Seldte stattgefunden, in der die Minister sich ebenfalls gegen die Stillegung aussprachen und zusagten, alles zu tun, um die Gefahr zu bannen.

In einem Brief an die „Sachsen"-Belegschaft hat Dr. Hugenberg seiner Empörung und Verachtung gegenüber dem unwürdigen Gebaren um den „Sachsen"-Schacht Ausdruck verliehen. Er schließt seinen Brief mit der Feststellung, daß es doch weit gekommen sein müsse, wenn man in Deutschland eine solche Anlage stillegen wolle. An den Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg sandte deshalb die Kundgebung eine einmütige Entschließung, in der es heißt:

„Herr Minister! Stehen Sie zu Ihren Worten, der Fall Sachsen ist Ihre, des Reichswirtschaftsministers Vertrauensfrage. Die Beantwortung der Vertrauensfrage steht bei Ihnen!"

Soweit die Presse der Nazis. Nach dem Antrage der Zechenbesitzer soll die Stillegung bereits am 31. März erfolgen. Es handelt sich nicht in der Hauptsache um die Stillegung der Zeche „Sachsen", sondern um eine der vier Zechen des Hanielkonzerns. In jedem einzelnen Falle werden mehr als 1500 Belegschaftsmitglieder von der Entlassung bedroht. Die kurze Frist, in der die Versprechungen der jetzigen Minister eingelöst werden müssen, gab uns Veranlassung, den obigen Bericht auszugsweise wiederzugeben. Die „Sachsen"-Belegschaft kann nicht genug gewarnt werden. Was ihnen die Reichsregierung bietet, sind Worte. Wie billig diese Versprechungen sind, das wollen wir an einem anderen Beispiel beweisen. Am 7. Dezember vorigen Jahres hielt der Nationalsozialist Boerger im Reichstag eine Rede, in der er unter anderem sagte:

„Und nun fahren Sie ins Ruhrgebiet! Da liegen die Kohlen auf Halden und verwittern. Ehe Sie die Kohlen verwittern lassen, schenken Sie sie doch jetzt im Winter den Hungernden und Frierenden; dann haben Sie eine soziale Tat getan. Aber da werden die Schupos an die Kohlenhalden gestellt und wenn ein Frierender sich einen Korb holt, wird auf ihn geschossen!" (Pfui-Rufe bei den Nationalsozialisten.)

Herr Hitler weilt in diesen Tagen im Ruhrgebiet. Vor den stacheldraht-umgitterten Kohlenhalden stehen noch immer die Schupos, die jetzt von nationalsozialistischen Polizeipräsidenten kommandiert werden. Die Kohlen verwittern immer noch, aber die nationalsozialistische Regierung hat es bisher nicht für notwendig erachtet, die „Soziale Tat" zu tun.

Die Hitlerregierung ist 20 Tage an der Macht. Sie hat bisher den Pg. Thyssen und Kirdorf keinen Befehl gegeben, die verderbenden Kohlenbestände den Frierenden zur Verfügung zu stellen.

•

Und da ist gleichzeitig noch eine sehr wichtige Frage, die auch den letzten Mann im Ruhrgebiet nicht uninteressiert läßt. Der Zechenverband hat das Lohnabkommen für den Ruhrbergbau gekündigt. Die endgültige Entscheidung dürfte zuletzt dem Reichsarbeitsministerium zustehen. Aber Herr Hitler wird sich nicht hinter Herrn Hugenberg verstecken können. Die Entscheidung liegt bei ihm. Herr Hitler dürfte wenig Interesse daran haben, sich auch zu dieser Frage noch vor dem 5. März zu äußern. Nur wenige Kumpels an der Ruhr haben zu Hitler bisher Vertrauen bekundet, aber die wenigen, die an ihn glauben, dürften bald um eine Enttäuschung reicher sein.

Tausend Arbeiter entlassen

Die Stillegung wurde genehmigt

e. h. Die Firma M. van Delden in Gronau, die dort eine Spinnerei und Weberei besitzt, kündigte vor mehreren Wochen 1000 Arbeiter. Inzwischen lief ein Stillegungsantrag, dem jetzt entsprochen wurde. Die Betriebseinschränkungen erfolgten im Zusammenhang mit der Durchführung einer groß angelegten Rationalisierung.

Osthilfe-Skandal

„eine marxistische Erfindung"!

Am Mittwoch hielt der Staatssekretär von Rohr vom Reichsernährungs- und Landwirtschaftsministerium einen Rundfunkvortrag, der für jedes Junkerherz eine wahre Wonne gewesen sein muß. Alles, was die rabiatesten Landbundführer an „Preissicherung" und finanzieller Staatshilfe bisher forderten, versprach Herr von Rohr im Namen der Reichsregierung durchzuführen. Für den Charakter seiner Rede, wie der ganzen heutigen offiziellen Agrarpolitik sei folgende Stelle aus dem WTB-Bericht wörtlich angeführt:

„Es ist natürlich richtig, daß der einzelne Landwirt nach der Möglichkeit greift, die ihm Osthilfe und Umschuldung bieten, um die Lage des Betriebes zu erleichtern, und es ist ganz ungeheuerlich, wenn man jetzt diese Umschuldung — die doch vom Gesetzgeber gewollt ist (!) — denen, die davon Gebrauch machen, gleichsam als einen Akt der Korruptheit zum Vorwurf macht.

Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, sei aber noch hinzugefügt, daß eine Umschuldung gar keine Bereicherung (!) des Besitzers ist, sondern eine Auszahlung an die Gläubiger. Es schien mir richtig, diese Zusammenhänge klarzulegen, damit Sie erkennen, daß dieser ganze sogenannte Osthilfeskandal nichts weiter als ein marxistisches Wahlmanöver ist." (!!)

Herrliche Zeiten für die Junker, für die noch vor wenigen Wochen von der Nazipartei so hübsch abgemalten „Herrenklübler" und „feinen Leute".

Und die Kosten zahlt natürlich — so will es die Nationalsozialistische „Arbeiter"-Partei — der Arbeiter.

10 Pfennig der Liter Milch

erhalten die Bauern von der Molkerei, wie aus einer Zuschrift der Ortsbauernschaft von Sulzbach an die Frankfurter Zeitung hervorgeht. Ein großer Teil der Bauern ist in eine unbeschreibliche Notlage geraten, sie sind nicht mehr in der Lage, ihr Vieh mit Kraftfutter durchzuhalten, weshalb sie keine hochwertige Vollmilch mehr erzeugen können. Hier in Frankfurt muß man 24 Pfennig für den Liter Milch bezahlen, die Differenz steckt der Zwischenhandel ein. Wenn auch für den Transport und die Verteilung Unkosten entstehen, so kann doch gesagt werden, daß eine Differenz von 14 Pfennig für den Liter Milch viel zu hoch ist. Die Interessen der kleinen und mittleren Bauern und die der Arbeiter sind die gleichen. Wenn die Profite des Zwischenhandels und der Molkereien ausgeschaltet sein werden, so wird es möglich sein, daß die Bauern ihre Milch gut bezahlt bekommen und doch die Milchpreise für die Stadtbevölkerung nicht so unerträglich hoch wie bisher sind.

Eine Schande

Die Breslauer „Volkswacht" schildert in ihrer Nummer vom 17. Februar den „unerhörten SA-Terror in Siegburg". Die SA-Horden belagerten dort regelrecht das Volkshaus mit dem Gewerkschaftsbüro und versuchten es wiederholt unter einem tollen Steinhagel gegen Fenster und Türen zu stürmen. Sie drangen auch in Wohnungen von Gewerkschafts- und SPD-Führern ein und veranstalteten, als sie die Gesuchten nicht antrafen, „Haussuchungen". Dazu schreibt nun die „Volkswacht" weiter:

„Der Arbeiterschaft in Siegburg hat sich über diese Vorgänge die größte Erregung bemächtigt. **Die Betriebsräte mußten erhebliche Anstrengungen machen, die Arbeiter von der Arbeitsniederlegung in den Betrieben zurückzuhalten.** Erst am Donnerstag vormittag gelang es der von Köln zugezogenen Polizei, den Naziterror in Siegburg zu brechen."

Dazu also sind — nach der SPD — die Betriebsräte da, um die Arbeiter vom wirkungsvollen Abwehrkampf gegen Naziterror zurückzuhalten. Umgekehrt, **die Betriebsräte müßten in ganz Deutschland die Organisatoren und Führer des notwendigen Abwehr- und Angriffskampfes gegen den Faschismus sein.**

Gelbe werden anerkannt

„Nationalsozialistische Arbeiter sind Todfeinde der „Gelben" (Wirtschaftsfriedlichen)." So schreibt die nationalsozialistische „Schlesische Tageszeitung" noch am 17. Februar. Aber die Druckerschwärze der „Schlesischen Tageszeitung" war kaum trocken, da kommt die Nachricht, daß dem Antrag der Arbeitergruppe des Pommerischen Landbundes (eine typisch gelbe, von Großgrundbesitzern geleitete „Arbeitnehmerorganisation"), einen „Arbeitnehmervertreter in den Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes Pommern zuzulassen, entsprochen wurde.

Das ist die erste offizielle Anerkennung und Zulassung der Gelben als „Gewerkschaft". Hauptschuld daran tragen ohne Zweifel die Regierungsbundesgenossen der Nazis, Herr Hugenberg und seine rechte Hand, Herr Dr. Bang, der bekanntlich ein extremer Verfechter der gelben Verbände ist.

Naziprolet, wo bleibt jetzt die „Todfeindschaft"?

Verantwortlich: Werner Thalheim Breslau Inserate: Herbert Scholz Breslau: Verlag: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H., Breslau; Lohndruck Th. Schatzky A.-G., Breslau Neue Graupenstraße 7.
Expedition: Breslau, Gartenstraße 21 3 Treppen. Telephon 206 02
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt Breslau 5, Gartenstr. 21. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder auf das Konto „Sozialistische Arbeiter-Zeitung" bei der Städtischen Sparkasse Breslau Konto-Nr. 4:3366.